

Nordrhein-Westfalen **Landtag** **intern** 14

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 11.12.2002



Im Zeichen des Haushalts

... stehen in dieser Woche die Plenarsitzungen des Landtags. Die zweite Lesung ist zentrales Thema der parlamentarischen Debatte, in der die Meinungen von Koalition und Opposition auf einander stoßen. Zu dem in zahlreichen Bänden aufgelisteten Zahlenwerk sind inzwischen zwei Ergänzungsvorlagen gekommen, die in den Ablauf der Beratungen einbezogen werden. Schon die letzten Wochen bestimmte das Haushaltsgesetz für das Jahr 2003 die Arbeit in den Ausschüssen des Landtags: Hier ist Gelegenheit, Zustimmung, Kritik und Änderungswünsche anzubringen und dafür Mehrheiten zu suchen. Montage: Schälte

Die Woche im Landtag

Gemeindefinanzen Seite 3

Helle Aufregung herrschte im Kommunalausschuss über die Umverteilung bei den Zuweisungen.

Tariftreue Seite 4

Die Mehrheit im Wirtschaftsausschuss verschärfte das Tariftreuegesetz NRW, dessen Inkrafttreten allerdings um zwei Monate verschoben wurde.

Mittelstand Seite 5

Sachverständige begrüßten das Mittelstandsgesetz in der Anhörung, rieten aber zu Klarstellungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe.

Medienpolitik Seite 6

Die Landesregierung überprüft zurzeit die landeseigene Medien GmbH. Erste Ergebnisse sollen Anfang kommenden Jahres vorliegen.

Jüdisches Leben Seite 7

Im Hauptausschuss hat Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, für die Unterstützung des Landes gedankt.

Wort und Widerwort:

Welche Instrumente für ein besseres Lernen lassen sich in Nordrhein-Westfalen entwickeln?

Nach dem internationalen Schulvergleichstest wächst die Einsicht, dass allein ein durch organisatorische und strukturelle Maßnahmen verbesserter Unterricht nicht ausreicht, um erkannte Defizite im Bildungsprozess auszugleichen. Wirkliche Fortschritte sind möglich, wenn auch verstärkt die individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes Schülers in den Blick genommen wird, wenn Lernumfeld und Schulklima stimmen. Unterschiedliche Gewichte setzen dabei die vier Fraktionen auf Seite 2.

Von Manfred Degen (SPD)

Voraussetzung für ein besseres Lernen ist ein besserer Unterricht. Wir brauchen an unseren Schulen ein anderes Lernklima, einen Unterricht, der Schülerinnen und Schüler mit ihren Stärken und Schwächen annimmt und fördert und nicht mehr die Einsortierung in unterschiedliche Schulformen als vordringliche Aufgabe ansieht.



Die Ergebnisse der internationalen PISA-Studie zeigen eindeutig, dass die „Instrumente“, die bei uns von konservativen Bildungspolitikern als leistungsfördernd und deshalb als unverzichtbar angesehen werden, sowohl eine Leistungsbreite als auch

Spitzenleistungen in möglichst aussortierten homogenen Lerngruppen eher behindert als fördert.

Länder, die in der PISA-Spitzengruppe zu finden sind, unterrichten alle Kinder bis zum 9./10. Schuljahr gemeinsam, verzichten weitgehend auf Instrumente wie Benotung und Sitzenbleiben. Auch können Probleme nicht einfach durch Abstufung der Schülerinnen und Schüler in andere Schulformen entsorgt werden.

Wir müssen Abschied nehmen von den bisher üblichen Instrumenten und zu einem neuen Verständnis von Schule und Unterricht kommen.

Wir müssen der Schule mehr Zeit und pädagogischen Raum für Methodenvielfalt im Unterricht und individualisierte Förderung der Schüler geben.

Eine vorschulische Erziehung im Kindergarten muss mit einer flexiblen Schuleingangsphase verzahnt werden. Dafür müssen auch die Schwerpunkte der Bildungsförderung neu bestimmt werden.

Von Bernhard Recker (CDU)

Hätten wir in NRW die notwendigen Voraussetzungen für gutes Lernen, wäre uns das PISA-Desaster erspart geblieben.

Wir müssen Kindern und Jugendlichen die besten Voraussetzungen für gutes Lernen ermöglichen. Dazu brauchen wir Bildung von Anfang an. Wir benötigen einen Bildungs- und Erziehungsplan für den Kindergarten. Sprachdefizite müssen vor der Grundschule aufgearbeitet werden. Für die Einführung von Ganztagschulen in allen Schulformen muss das Leitbild „Mehr Zeit für Kinder“ gelten. Kinder haben einen Anspruch auf Unterricht, der ihnen zu oft verwehrt wird. Deshalb muss das Unterrichtsvolumen, besonders in den Kernfächern, endlich erhöht werden. Für besseres Lernen brauchen wir entsprechend mehr Lehrpersonal. Weitere Stellen dürfen nicht gestrichen werden. Nur so können wir individuelle Förderung für schwächere und hochbegabte Schüler ermöglichen.



Verbindliche Leistungsstandards geben den Schulen Freiraum in den Unterrichtsmethoden und bei der Ausbildung eigener pädagogischer und fachlicher Profile.

Regelmäßige Lernstandstests und zentrale Abschlussprüfungen gewährleisten die Leistungsvergleichbarkeit und eine effiziente Leistungskontrolle. Alle Schulen müssen selbstständiger werden. Das schlechteste Instrument aber ist die Einheitsschule. Also: Hände weg von der nächsten Schulstrukturdebatte.

Welche Instrumente

für ein besseres

Lernen lassen sich in

Nordrhein-Westfalen

entwickeln?

Von Ralf Witzel (FDP)

Die PISA-Studie hat deutlich gezeigt, dass fehlende Individualisierung ein großer Mangel unserer Lernkultur ist und Motivation kostet. Wir wollen Schüler individueller und gezielter fördern. Jedes Kind braucht von Anfang seiner schulischen Laufbahn an einen persönlichen Förderplan.



Jeder Schüler muss in die Lage versetzt und ermuntert werden, sein Begabungspotential vollständig zu entwickeln und auszuschöpfen. Dies gelingt etwa mithilfe individueller Lernzielvereinbarungen unter pädagogischer und fachlicher Begleitung des Lehrers.

Begleitend müssen Lehrer mehr als bislang in die Lage versetzt werden, Begabungen der Kinder so früh wie möglich zu erkennen und zu fördern. Pädagogische Diagnostik wird somit zum zwingenden Bestandteil der Lehrerbildung und Weiterbildung. Der Lehrer der Zukunft darf nicht ausschließlich die Rolle eines Erziehers annehmen, sondern muss als Moderator die weitestgehend selbst gesteuerten und eigenverantwortlichen Lernprozesse der Schüler pädagogisch und fachlich kompetent begleiten.

Individualisierung des Lernens benötigt jedoch finanzielle Ressourcen, die weit jenseits des von der Landesregierung vorgesehenen Bildungshaushaltes liegen. Individualisiertes Lernen als Antwort auf PISA setzt daher auch ein Umdenken in der Haushaltspolitik voraus: Hier müssen endlich neue Prioritäten zugunsten der jungen Generation gesetzt werden!

Von Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Nicht erst die PISA-Studie hat eindringlich belegt, dass Schule in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen besser werden muss – damit die Schülerinnen und



Schüler besser werden können. Grundlegende Reformen sind nötig; sowohl im Bereich der Unterrichtsgestaltung und Unterrichtsqualität als auch hinsichtlich der strukturellen Besonderheiten unseres Schulsystems. Wir verschwenden zu viel Zeit und Energie darauf, Kinder zu kategorisieren. In der trügerischen Hoffnung auf homogene Lerngruppen werden Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt, bleiben sitzen oder müssen die Schulform wechseln. Der individuellen Förderung wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Fördern statt Aussortieren muss die Devise sein. Die Einrichtung einer flexiblen Eingangsstufe in der Primarstufe mit dem Verzicht auf Rückstellungen und dem Lernen in altersgemischten Gruppen ist ein richtiger erster Schritt. Eine Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit wäre ein zweiter. Lehrerinnen und Lehrer müssen auf den Umgang mit heterogenen Gruppen vorbereitet werden und diesen neuen Geist in den Klassenzimmern verbreiten.

Unsere Schulen brauchen größere Freiheit zur Umsetzung eigener pädagogischer Konzepte. Guten Unterricht kann niemand verordnen. Er entwickelt sich in der selbstständigen Schule, dem Haus des Lernens, vor Ort am besten.

Aufregung bei Kommunalpolitikern über „einmalige Aktion“

Bei Gemeindefinanzen 2003 wird umverteilt

Der Ausschuss für Kommunalpolitik nahm in einer Sondersitzung am 3. Dezember den mit zwei Änderungen versehenen Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003 mit 1. und 2. Ergänzungsvorlage mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN an. Durch die Änderungsanträge von SPD und GRÜNEN werden die fiktiven Hebesätze bei der Gewerbesteuer und bei der Grundsteuer um fünf Prozent herabgesetzt. Außerdem wird die Kostenpauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um 2,55 Millionen Euro reduziert und dies mit der Abnahme der Zahl der Asylbewerber begründet. Um die gleiche Summe werden die Zuweisungen an kommunale Träger der Weiterbildung erhöht. Zwei FDP-Änderungsanträge zur Sportförderung wurden abgelehnt. Weitergehende FDP-Anträge zur Entfrachtung bei den Gemeindefinanzen lehnte der Haushaltsausschuss am 5. Dezember ab.



Aus der Not geboren, von Koalition und Ministerium verteidigt, von der Opposition kritisiert, sorgte die Umverteilung bei den Schlüsselzuweisungen für Aufregung im Ausschuss für Kommunalpolitik, v.l. Ewald Groth (GRÜNE), Ministerialrätin Thoma Frahm und Ministerialdirigent Johannes Winkel (Innenministerium), Manfred Palmen (CDU). Fotos: Schälte

tive Bindung mache von den veranschlagten 6,7 Milliarden Euro den Betrag von 259 Millionen aus. Das seien umgerechnet 363 Euro pro Großstadteinwohner und 186 Euro pro Einwohner im kreisangehörigen Raum. Die kreisfreien Städte bekämen 145 Millionen Euro mehr als 2002. Städte und Gemeinden im kreisangehörigen Raum verlören 40 Millionen Euro.

Ewald Groth (GRÜNE) verteidigte das harte Einschneiden in die Zweckzuweisungen als Solidarbeitrag der Stärkeren in schwierigen Zeiten und wies den Vorwurf unterschiedlicher Behandlung der kreisfreien Städte und des kreisangehörigen Raums als unzutreffend zurück. Zuzugeben sei das Minus von mehr als einer Milliarde Euro im kommunalen Finanzausgleich. Das Land sei jedoch noch mehr getroffen.

Heinz Wirtz (SPD) sagte, es gehe um den Ausgleich von Finanzkräften und es solle eine außergewöhnliche Situation bleiben. Christof Rasche (FDP) hielt die Änderung für einseitig und ungerecht. Dr. Ingo Wolf (FDP) sah generell die Festlegungen im Gemeindefinanzierungsgesetz als politisch/sozialdemokratisch an und stellte mit der 2. Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 2003 eine erneute einseitige Bevorzugung der Großstädte fest. Franz Josef Britz (CDU) nannte die investive Befrachtung einen Taschenspielertrick und beklagte den Verlust bei den Schlüsselzuweisungen für die Entlastung der Verwaltungshaushalte. Monika Düker (GRÜNE) hielt die Entscheidung des Kabinetts als Notprogramm für gerechtfertigt.

Mehrmals äußerten Sprecher der Oppositionsfractionen Zweifel, ob das Versprechen des Innenministers, es handle sich um eine einmalige Aktion, künftig gehalten werde, da bisher alle Änderun-

gen zu Lasten der Gemeindefinanzen erhalten geblieben seien. Die Sprecher von SPD und GRÜNEN sowie Kommunalreferent Johannes Winkel (Innenministerium) versicherten, im nächsten Jahr werde das alte Verteilungssystem wieder angewandt.

Entlastung der Kommunen

Noch nicht beraten, aber dem Kommunalausschuss bereits überwiesen ist der Gesetzentwurf der Landesregierung zur finanziellen Entlastung der Kommunen in NRW (Drs. 13/3177).

Neu geregelt wird die Gruppenstärke in Kindertageseinrichtungen. Sie kann um bis zu fünf Kinder befristet überschritten werden, wenn ein dringender Bedarf für die Aufnahme weiterer Kinder besteht. Bei den Schülerfahrtkosten wird der Eigenanteil pro Schülermonatskarte von zehn auf zwölf Euro angehoben, wenn die Monatskarte auch zur sonstigen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs berechtigt.

Auch der Eigenanteil bei Lernmitteln wird erhöht. Bisher zahlten Eltern ein Drittel der Lernmittelkosten. Künftig kann der Schulträger den Elternanteil auf bis zu 49 Prozent des Durchschnittsbetrages festsetzen. Der Elternanteil an Lernmitteln in der Grundschule, bisher 18 Mark pro Schuljahr, kann künftig bis zu 18 Euro betragen. Ähnlich sieht es bei den sonstigen Schulformen aus: bisher 38 Mark, künftig etwa 38 Euro.

Neu ist ein möglicher Verzicht auf Lernmittelfreiheit. Eltern oder volljährige Schülerinnen und Schüler beschaffen die erforderlichen Lernmittel dann auf eigene Kosten.

In der Sitzung am 27. November hatten Manfred Palmen für die CDU-Fraktion und Ewald Groth für die GRÜNEN die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zur 2. Ergänzungsvorlage verlangt, da es sich um wesentliche Änderungen des Entwurfs handele. Der kreisangehörige Raum verliere gehörig an Schlüsselzuweisungen. Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) versicherte, die Kürzungen bei der Investitionspauschale und die Bindung eines Teils der Schlüsselzuweisungen für investive Zwecke seien eine einmalige, aber unumgängliche Aktion, die sich nicht wiederholen werde. Der Notlage einzelner Kommunen werde Rechnung getragen.

Im Ausschuss für Kommunalpolitik erfolgte auf die Änderung im Gemeindefinanzierungssystem in der Sondersitzung am 3. Dezember in Abwesenheit des Ministers eine längere grundsätzliche Aussprache. In schriftlichen Stellungnahmen hatten NRW-Städtetag, Städte- und Gemeindebund/Landkreistag und die Landschaftsverbände die „Strategie zur Sicherstellung der Verfassungsmäßigkeit des Landeshaushalts“ kritisiert.

Manfred Palmen (CDU) errechnete, den sieben Millionen Einwohnern der 23 kreisfreien Städte stünden künftig 55 Prozent der Schlüsselzuweisungen zur Verfügung, den 373 kreisangehörigen Kommunen mit elf Millionen Einwohnern nur 45 Prozent. Die 4,4prozentige inves-

Tariftreuegesetz verschärft und um zwei Monate verschoben

Öffentliche Aufträge ab 10.000 Euro nur bei Tariflohn und Tarifarbeitszeit

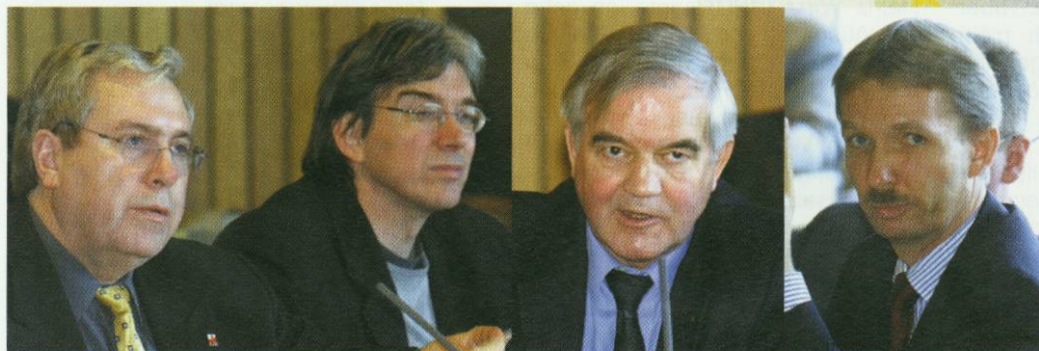
Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zum Tariftreuegesetz NRW (Drs. 13/2965) nahm die Mehrheit im Wirtschaftsausschuss in der von Dr. Helmut Linssen (CDU) geleiteten Sitzung am 4. Dezember an. Damit unterliegen dem Gesetz auch Aufträge öffentlicher Arbeitgeber ab einem Auftragsvolumen von 10.000 Euro. Im Regierungsentwurf des „Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen in NRW“ war als Schwellenwert ein Auftragsvolumen ab 50.000 Euro.

Außerdem wurde eingefügt, dass nicht nur Tariflöhne zu zahlen sind, sondern auch die tarifliche Arbeitszeit anzuwenden ist. Ferner wird die Meldung verlangt, welche Auftragsbestandteile an Nachunternehmern vergeben werden sollen. Bei zehnpromzentigem Abweichen vom nächsthöheren Gebot muss die Kalkulation offengelegt werden. Das Gesetz soll fünf Jahre gelten. Nach drei Jahren soll ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden. Bereits in der Ausschussberatung am 27. November war die Verschiebung des Inkrafttretens auf den 1. März 2003 von der Opposition begrüßt worden.

Bei der abschließenden Beratung geriet der Ausschuss in Zeitnot. Dennoch wurde nach weiteren Änderungen abgestimmt. Staatssekretär Jörg Bickenbach

Vorsitzender Dr. Linssen wies eingangs auf Antworten des Ministers vom Vortag auf Fragen eines Mitglieds der GRÜNE-Fraktion im Verkehrsausschuss hin. Dabei war es auch um Mehrkosten für die Kommunen gegangen, die im Gesetzentwurf auf fünf Prozent bei Bauaufträgen geschätzt werden. Christian Weisbrich (CDU) erinnerte an den Landtagsbeschluss von 1997, wonach den Kommunen Kosten durch Mehrbelastungen voll auszugleichen seien. Dr. Gerhard Papke (FDP) wunderte sich, dass in der Ministerantwort auf Bedenken, das Gesetz könne verfassungswidrig sein, auf die Mehrheit in einem ministeriellen Gremium verwiesen worden sei.

SPD- und GRÜNE-Fraktion wollten am 4. Dezember die Abstimmung im federführenden Wirtschaftsausschuss. „Wir sind der Gesetzgeber“,



v.l.: Werner Bischoff (SPD), Rüdiger Sagel (GRÜNE), Christian Weisbrich (CDU), Dr. Gerhard Papke (FDP) Fotos: Schälte

warnte unter Hinweis auf mögliche Klagen erfolglos davor, nur solche Tarifverträge zu berücksichtigen, die „mindestens 25 Prozent“ der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfassen. CDU und FDP beantragten eine weitere Beratung vergeblich, wobei die CDU wegen wesentlicher Änderung eine erneute Anhörung der kommunalen Spitzenverbände verlangte.

meinte Rüdiger Sagel (GRÜNE) zu Verfassungsbedenken. Werner Bischoff (SPD) erinnerte an die Anhörung, bei der von Mitinitiatoren auch die 10.000-Euro-Grenze gefordert worden sei. Er räumte ein, es sei ein umstrittenes Gesetz, aber mit der Kontroverse müsse man leben. Schließlich gehe es um skandalöses Unterlaufen von sozialen Rechten durch Dumpinglöhne.



Mittelstandsgesetz von Verbänden begrüßt und Nachbesserungsbedarf angemeldet

In der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Förderung und Stärkung des Mittelstands (Drs. 13/2707) am 4. Dezember begrüßten die meisten Sachverständigen das Gesetzesanliegen. Es wurden jedoch Nachbesserungen und Klarstellungen verlangt. Die meisten Äußerungen gab es zum Paragraphen 21 „Beteiligung an öffentlichen Aufträgen“, der unter anderem die Zerlegung von Großaufträgen in Fachlose vorsieht, damit sich Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft bewerben können.

Gegen die neue „Mittelstandsvertragslichkeitsprüfung“ erhob Jens Lattmann (kommunale Spitzenverbände) Bedenken, soweit diese auch den Kommunalverwaltungen aufgegeben werde. Er wies auf den Bürokratieaufwand eines 20-Personen-Betriebs in Höhe von 1000 Euro pro Mitarbeiter und Jahr hin.

Stärkere Serviceorientierung der Behörden, ein Mittelstandsbeauftragter des Wirtschaftsministeriums als Ombudsman sowie mehr Transparenz und Effizienz der finanziellen Förderung trafen auf wenig Kritik. Hans Georg Crone-Erdmann (Industrie- und Handelskammern NRW) schlug vor, den Mittelstandsbeauftragten von der Landesregierung, und zwar mit dem Wirtschaftsausschuss des Landtags, berufen zu lassen. Den im Gesetz vorgesehenen Mittelstandsbeirat begrüßte Hajo Döllgen (Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer) und verlangte, das ganze Spektrum des Mittelstands müsse dort vertreten sein.

Zum Hauptthema der Anhörung, dem Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen, bedauerte Dr. Thomas Köster (NRW-Handwerkstag) die Aufweichung des Vorrangs privater Wirtschaftsleistung gegenüber der Ge-

meindeordnung. Er sprach sich für die Klarstellung im Mittelstandsgesetz aus, dass sich öffentliche Unternehmen nur dann wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn der Zweck durch andere Unternehmen nicht besser erfüllt werden könne.

Dagegen wies Markus Moraing (Verband kommunaler Unternehmen) auf die harte Konkurrenz multinationaler Konzerne hin und plädierte für ein Nebeneinander kommunaler und privater Wirtschaft, damit die mittelständisch organisierten Stadtwerke im Wettbewerb bestehen könnten.

Vergaberecht

Auch Dr. Andreas Möhlenkamp (Bundesverband der Deutschen Industrie) sah den Paragraphen 21 als problematisch an und befürwortete volle Anwendung des Vergaberechts auch für den gesamten kommunalen Bereich. Ähnlich äußerte sich Wolfgang Peters (Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie NRW), der die zu vage Formulierung als zentrale Schwäche des Gesetzes ansah. Die Baugewerblichen Verbände sehen die mittelstandsfördernde Wirkung der Fachlos-

vergabe mit Garantie qualifizierter Bauausführung, beklagen jedoch zunehmende Vergabe an Generalunternehmern und die Rolle des ewigen Nachunternehmers beim Ausbaugewerbe.

Auf den gesamtwirtschaftlichen Rahmen der Lage des Mittelstands wies Dr. Hans Dietrich von Löffelholz (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) hin. Er vermisste im Gesetzentwurf fördernde Instrumente wie Beratung und wissenschaftliche Bewertung. Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen (CDU) dankte den Sachverständigen und teilte mit, der Ausschuss werde am 12. Februar 2003 die Anhörung auswerten.

Irritation wegen Erlass zur Auftragsvergabe

In einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Keine Lockerung der Vergabevorschriften“ erklärte Wirtschafts- und Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) am 27. November im Wirtschaftsausschuss, der Innenminister-Erlass vom 16. Juli 2002 werde auf kommunale Unternehmen bei Aufträgen unterhalb der EU-Ebene nicht angewandt. In Eigengesellschaften gelte privates Recht, diese unterlägen nicht dem Vergaberecht. Mit dem Handwerk habe der Ministerpräsident im April einen modifizierten Modellversuch vereinbart. Es solle erprobt werden, ob eine Entpflichtung vom Nachverhandlungsverbot zu finanziellen Entlastungen der Kommunen führe. Von den Ergebnissen des Experiments werde es abhängen, ob die Vergabevorschriften zu lockern seien. CDU-Sprecher Christian Weisbrich sagte, die betroffenen Unternehmen werteten den Vermittlungsversuch des Ministerpräsidenten als Vertrauensbruch. Die Experimentierklausel bis 2003 sei ein entgegenkommen, ein Kompromiss gewesen. Der Sprecher des Innenministeriums stellte klar, an der Rechtslage habe sich nichts geändert. Die Befreiung der Eigengesellschaften unterhalb der EU-Schwelle müsse nicht geregelt werden. Umgekehrt müsse geregelt werden, dass die Eigenbetriebe von Vergabevorschriften befreit sind. Der Runderlaß des Innenministers vom 16. Juli 2002 regle grundsätzlich, dass die Kommunen den Vergaberegeln unterliegen, kommunale Eigenbetriebe und kommunale Betriebe jedoch nicht. Motiv sei: den Drang in die GmbH zu bremsen. Versorgungs- und Verkehrsbetriebe seien nicht betroffen.

SPD-Sprecher Werner Bischoff sah Irritation und Missverständnisse beim Handwerk, die klargestellt werden müssten.



Als erster Sachverständiger von den Abgeordneten zum Mittelstandsgesetz befragt: Dr. Thomas Köster (NRW-Handwerkstag, 2.v.l.) neben Hans Georg Crone-Erdmann (Hauptgeschäftsführer Industrie- und Handelskammern NRW, 2.v.r.). Foto: Schälte

Neue Landesvertretung für Nordrhein-Westfalen

Schlüsselübergabe in Berlin



Nordrhein-Westfalen ist jetzt auch in der Hauptstadt angekommen: An der Hiroshimastraße in Berlin wurde die neue Landesvertretung Nordrhein-Westfalen eingeweiht. Zu dem Festakt kamen Bundespräsident Johannes Rau, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Bundeskanzler Gerhard Schröder. Bei der Schlüsselübergabe stellten sich Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.), Ministerpräsident

Peer Steinbrück (l.) und Bauminister Dr. Michael Vesper (M.) den Fotografen (siehe unser Bild). Landtagspräsident Ulrich Schmidt war mit einer Delegation von Landtagsabgeordneten aller Fraktionen aus Nordrhein-Westfalen nach Berlin gereist, um an diesem wichtigen Tag für Nordrhein-Westfalen dabei zu sein.

Für Landtagspräsident Schmidt hat „das bevölkerungsreichste Land die-

ser Republik endlich eine seiner politischen Bedeutung angemessene Adresse in der Hauptstadt“. Aufgabe sei, die nordrhein-westfälischen Landesinteressen gegenüber dem Bundestag und der Länderkammer zu koordinieren, zu bündeln und letztlich auch zur Geltung zu bringen. Für Präsident Schmidt hat sich durch den Umzug von Bonn nach Berlin viel geändert: „Zunächst einmal sind aus 60 Kilometern der Entfernung 600 geworden. Da wird die Abstimmung nicht leichter und da muss man auch schon mal des Öfteren den Koffer für Berlin packen und persönlich vor Ort agieren. Das Positive für die Landeshauptstadt und den Landtag ist zweifelsohne: Es kommen mehr ausländische Delegationen von Berlin nach Düsseldorf. Früher sind die von Bonn nicht über Köln hinausgekommen.“ Von der neuen Landesvertretung wünscht sich der Präsident, „dass sie schnell eine erste Adresse mit hervorragenden Ruf wird, wenn es darum geht, die dringend notwendige Föderalismusdebatte in Deutschland entscheidend mitzuprägen.“

Medien GmbH: Erst prüfen, dann entscheiden

Aktuelle Viertelstunde im Medienausschuss

Die Medienstaatssekretärin bemühte den amerikanischen Dichter Mark Twain, der angesichts von Gerüchten über sein Ableben gesagt haben soll: „Die Nachricht von meinem Tod ist stark übertrieben“. Das gleiche Wort sei auch auf die Medien GmbH des Landes Nordrhein-Westfalen übertragbar, erklärte Professor Dr. Miriam Meckel in der Sitzung des Medienausschusses unter dem Vorsitz von Claudia Nell-Paul (SPD) am 29. November.

Angesichts von „Spekulationen um Auflösung und Abwicklung“ der landeseigenen Medien GmbH hatte die CDU eine Aktuelle Viertelstunde zu diesem Thema im Ausschuss gefordert. Die Staatssekretärin griff in ihrem Bericht auf die Regierungserklärung von Peer Steinbrück (SPD) zurück, der angekündigt habe, in allen Bereichen würden Förderaktivitäten und Strukturen mit der Wirklichkeit der Landesfinanzen abgeglichen. Es gehe um die Ziele, Qualität und die Effizienz der eingesetzten Mittel. Der Prüfungsprozess im Fall der Medien GmbH, darauf legte Meckel besonderen Wert, geschehe „ergebnisoffen“ und nicht mit der vorgefassten Absicht, diese Gesellschaft aufzulösen. Im Gegenteil: Die Tätigkeit der Medien GmbH solle nicht behindert werden, sie solle während der Evaluation weiter arbeiten können.

Enttäuscht zeigte sich Lothar Hegemann (CDU) von diesem Bericht der Vertreterin

der Landesregierung. Er habe kein Verständnis dafür, dass die Staatssekretärin im Ausschuss nicht mehr verlauten lasse, zumal die Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 2003 auf die Rückabwicklung der Gesellschaft ausgelegt sei. Hegemann: „Nach der Regierungserklärung müssen Sie schon sagen, wohin die Reise gehen soll“. Er wollte auch wissen, wie die betroffenen Mitarbeiter in die Prüfung eingebunden und ob die meisten von ihnen vielleicht nicht übernommen würden.

Standortfrage

Für die SPD-Fraktion fand Marc Jan Eumann kein Verständnis für derartige Erklärungen: „Die SPD-Fraktion spricht nicht über die Rückabwicklung der Medien GmbH“. Die Einrichtung solle ihre Arbeit fortsetzen können; das sehe auch die Koalitionsvereinbarung vor. Man benötige dieses Instrument, um den Standort Nordrhein-Westfalen als das Medienland in Deutschland deutlich zu machen. Wenn es auch jetzt in der Medienbranche krisele, müsse man im Blick behalten, dass es auch wieder aufwärts gehe, „dann muss Nordrhein-Westfalen weiter vorn mitspielen können“. Entscheidend seien die Qualität der Arbeit und der effektive Einsatz der Fördermittel.

Was angesichts dieser Festlegung der SPD-Fraktion das Wort „ergebnisoffen“

bedeuten solle, wollte Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) wissen. Er verlangte Auskunft über die Evaluation: Würden externe oder interne Gutachter beauftragt? Die Staatssekretärin: Darüber werde derzeit entschieden. Die Einstellung der Gesellschaft in die Ergänzungsvorlage sei „vorsorglich“ geschehen, fuhr sie fort; das müsse man tun, damit man flexibel reagieren könne. Im übrigen sei man mit den Mitarbeitern im Gespräch.

Die Beschäftigten der Medien GmbH sollten nicht durch ständiges Gerede in eine „Angstsituation“ gebracht werden, verlangte Oliver Keymis von den GRÜNEN. Die Ergebnisse der angekündigten Prüfung seien für Anfang kommenden Jahres zu erwarten, bis dahin solle die Medien GmbH ihr Geschäft so seriös wie bisher weiter betreiben.

Die von allen Fraktionen gewürdigte Arbeit des Filmbüros NW wurde bei der Haushaltsberatung im Medienausschuss von den Abgeordneten durch die Ausbringung eines Haushaltsvermerks im Titel „Zuschüsse an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH“ abgesichert. Darin wird festgelegt, dass bis zu 1,5 Millionen Euro der Förderung des kulturellen Films und des Filmnachwuchses in Nordrhein-Westfalen dienen. Auf diese Weise solle das Ziel erreicht werden, die kulturelle Filmförderung durch das Filmbüro nach ihrer Einbindung in die Filmstiftung NRW GmbH im bisherigen Umfang fortzuführen. Die CDU-Fraktion hatte einen Antrag mit ähnlicher Zielrichtung, allerdings einer geringfügig höheren Summe, vorgelegt.

Alte Synagoge in Essen soll zu Museum für jüdisches Leben ausgebaut werden

Paul Spiegel zum ersten Mal im Hauptausschuss des Landtags

Von einer „Renaissance des Judentums in Deutschland“ hat Paul Spiegel wenige Tage vor seiner Wiederwahl als Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland im Hauptausschuss des Landtags gesprochen. Die Landespolitik in NRW habe dazu wesentlich beigetragen, erklärte Spiegel, der zugleich auch Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein der Jüdischen Gemeinden ist. Ihm sei es Anliegen und Freude, dafür der Politik zu danken: Das Land NRW sei Vorbild für andere Bundesländer. Diese Rolle werde weiter gestärkt, wenn sich der Landtag darauf verständigen könne, die beiden vorliegenden Texte von FDP und CDU zu einem gemeinsamen, von allen vier Fraktionen verabschiedeten Antrag zu erweitern.

Ende November hatte der Hauptausschuss (Vorsitz Edgar Moron (SPD)) den Zentralratspräsidenten zu einem Gespräch gebeten. Hintergrund waren dabei die beiden Anträge von CDU („Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen – Mehr Wissen von einander schafft mehr Vertrauen“ Drs. 13/2681) und FDP (Drs. 13/2737 neu: „In jüdischer und nicht-jüdischer Verantwortungsgemeinschaft für ein weltoffenes und tolerantes Nordrhein-Westfalen“).

Als historisches Ereignis wertete der Gast einen solchen gemeinsamen Beschluss des Parlaments des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Das zweite übrigens innerhalb kürzester Frist, fuhr er fort, denn er habe von Bundeskanzler Schröder die Zusage erhalten, die Bundesrepublik wolle einen Staatsvertrag mit den Zentralrat der Juden in Deutschland abschließen. Spiegel erwähnte in diesem Zusammenhang den Umstand, dass Nordrhein-Westfalen bereits schon seit längerem einen solchen Vertrag mit den jüdischen Gemeinden in NRW geschlossen habe.

Zuwanderung

„Wir sind zufrieden mit dem, was uns zur Verfügung gestellt wird,“ stellte Spiegel fest. Die Gemeinden in anderen Ländern blickten mit „Neid“ auf diese Regelungen, die NRW getroffen habe. Er danke für die Ernsthaftigkeit, mit der Landtag sich dieses Problems angenommen habe, meinte der Präsident und schilderte die schwierigen Aufgaben, die mit der starken Zuwanderung von Juden aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion verbunden sind. In dieser Zuwanderung komme auch sehr viel Vertrauen in Demokratie und Stabilität Deutschlands, in die Bevölkerung und – angesichts des leidigen Themas Sicherheit gegen Terrorismus- in die Polizei des Landes zum Ausdruck.

Spiegel wies beispielhaft auf die Wuppertaler jüdische Gemeinde hin. Die sollte angesichts von nur noch 40 Mitgliedern geschlossen und in die Düsseldorfer Gemeinden integriert werden. Heute ein ganz anderes Bild: In Wuppertal ge-

be es an die 2.000 Mitglieder, in Barmen werde eine neue Synagoge eingeweiht – in Anwesenheit des israelischen Staatspräsidenten Moshe Katzav.

Viele Gemeinden wie etwa Düsseldorf bestünden zu 90 Prozent aus Zuwanderern, betonte der Präsident und bat zu verstehen, dass sie sich nicht in der Lage sähen, sich derzeit noch stärker in die Arbeit der deutsch-jüdischen Verständigung und Information einzuschalten. Die wachsenden Gemeinden im Lande seien dabei, sich zu etablieren, zu konsolidieren und ihre neuen Mitglieder zu integrieren: „Sie sind im Moment noch mit sich selbst beschäftigt, sich zurecht zu finden. Da bitte ich um etwas Geduld“, meinte Spiegel mit Blick auf den Wunsch von Lothar Hege mann (CDU), die jüdischen Gemeinden sollten stärker auf die deutsche Bevölkerung zugehen. Bei diesen Gesprächen mahnte Ilse Br u s i s (SPD) von deutscher Seite „etwas mehr Sensibilität“ an. Sie schlug vor, die wegen der besonderen Lage in Israel nicht abgerufenen Mittel für den Jugendaustausch nicht verfallen zu lassen, sondern sie kommenden Maßnahmen zuzuschlagen.

Zustimmend wurde in der Runde der Abgeordneten Spiegels Vorschlag aufgegriffen, die Alte Synagoge in Essen zu einem Jüdischen Museum zu machen. Mit der Alten Synagoge verfüge das Land über ein „schmuckes Stück“, die Chance sollte gesehen und genutzt werden – und nicht an den Kosten scheitern dürfen, die derzeit geschätzt würden.

Helmut Stahl (CDU) meinte zurückblickend, ohne diese jüdische Bevölkerung hätte es deutsches Leben nicht gegeben; dies sollte deutlich gemacht werden, aber es fehle dazu das „Handwerkszeug“, mit dem zu vermitteln sei, „dass das vorläufige Ende im Holocaust eine lange Vorgeschichte hat“. Um junge Menschen besser zu erreichen, müsse man über die bisherigen Ansätze hinaus kommen, fand Sylvia Löhrmann (GRÜNE). Sie verlangte andere „Bausteine“

für ein Fächer übergreifendes Arbeiten im Unterricht und regte an, die Partnerschaften mit Israel zu verstärken und mit Leben zu füllen – eine Anregung, die auch von Marianne Thomann-Stahl (FDP) gegeben wurde.

Spiegel regte im Kampf gegen die „Pest und Seuche des Antisemitismus“ an, die Lehrerfortbildung zu intensivieren. Dafür und für die Vermittlung von Informationen aus erster Hand bot er die Hilfe des Education Center der zentralen israelischen Gedenkstätte Yad Vashem an.

In Gespräch und anschließender Diskussion mit den Abgeordneten wurde deutlich, dass alle vier Fraktionen zu einem gemeinsamen Antrag entschlossen sind. „Das wäre ein gutes Signal nach draußen“, sagte Dorothee Danner (SPD). Dr. Stefan Grüll (FDP) stimmte zu: „Etwas Gemeinsames wird und muss das Ergebnis sein. Alles andere wäre sehr



Paul Spiegel (l.) zu Gast im Hauptausschuss. Rechts Ausschussvorsitzender Edgar Moron (SPD). Foto: Schälte

merkwürdig“. Die angestrebte gemeinsame Erklärung müsse mehr als nur „Proklamationscharakter“ haben, fand Dr. Hans-Ulrich Klose von der CDU. Er verlangte nachhaltige Wirkung und mehr als nur gut gemeinte einzelne Maßnahmen. Ausschussvorsitzender Edgar Moron (SPD) sah in dem Thema keinen Anlass zu parteipolitischen Streit. Er fände es außerdem gut, wenn der Ausschuss es fertig brächte, seinen geplanten Besuch in Israel trotz der angespannten Sicherheitslage zustande zu bringen.

Ein Ergebnis hatten Gespräch und Debatte unmittelbar. Noch in derselben Sitzung erörterte der Hauptausschuss den Haushalt der Staatskanzlei. Dabei wischten die Mitglieder des Ausschusses die im Rahmen der globalen Minderausgabe geplante Kürzung der Mittel für die Arbeit der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in NRW um 10.200 Euro kurzerhand vom Tisch.

Aktuelles aus den Ausschüssen

Im **Ausschuss für Haushaltskontrolle** (Vorsitz Rolf Seel, CDU) berichteten Regierungsvertreter am 10. Dezember zur Rückforderung von Fördermitteln des Bundes für HDO und über die Prüfung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung.

Zum CDU-Antrag „Einführung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW“ (Drs. 13/2637) führt der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales** (Vorsitz: Bodo Champignon, SPD) am 5. Februar 2003 eine öffentliche Anhörung durch.

Auf den 6. Februar 2003 haben sich die Fraktionen im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) als Termin für das Gespräch mit Sachverständigen über den FDP-Antrag zu nachhaltiger Finanzpolitik „Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen“ (Drs. 13/2645) geeinigt.

Die Sprechstunde des **Petitionsausschusses** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) in der Villa Horion in Düsseldorf am 16. Dezember ist bereits ausgebucht. Zur nächsten Sprechstunde am 10. Februar 2003 wird telefonische Anmeldung unter der Hotline 0211/8844444 (zwischen 10 und 15 Uhr) erbeten.

Der **Hauptausschuss** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) stimmte Einsparungsvorschlägen aller vier Fraktionen in Höhe von 1,6 Millionen Euro beim Landtag zu. Dem Haushaltsentwurf zum Einzelplan 01 (Landtag) stimmten traditionell als einzigem Einzelplan alle vier Fraktionen am 5. Dezember im Haushaltsausschuss zu.

An der Abstimmung über den Haushaltsentwurf für das Wirtschaftsressort im **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) nahmen die Fraktionen der CDU und FDP nicht teil, weil sie die 2. Ergänzungsvorlage erst kurz vor Sitzungsbeginn erhalten hatten.

Der **Agrarausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) vertagte die Beratung des CDU-Antrags zur Zukunft des Kleingartenwesens in NRW, da sich ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen abzeichnete.

Im **Ausschuss für Kommunalpolitik** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) lobte Winfried Schittges (CDU) die Landesregierung für eine Verordnung, die die

Zuständigkeit für betreutes selbständiges Wohnen ausschließlich den Landschaftsverbänden überträgt, was auch SPD- und GRÜNE-Fraktion gefordert hatten.

Im **Ausschuss für Europa- und EinWelt-Politik** (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) soll es zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zum Anliegen kommen, die Zusammenarbeit mit der polnischen Partnerregion Slaski auszubauen.

Den **Ausschuss für Grubensicherheit** (Vorsitz Peter Budschun, SPD) informierte die Werksleitung in Haltern am 6. Dezember über die aktuelle Situation des Bergwerks Auguste Victoria.

Dem **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung** (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) teilte Ministerin Bärbel Höhn mit, die Studie des Gelsenkirchener Instituts für Unterirdische Infrastruktur über die Umsetzung der Selbstüberwachungsverordnung Kanal werde im Frühsommer 2003 vorliegen. Das Institut schätze den Investitionsbedarf für die Sanierung von Kanälen in NRW auf 10,4 Milliarden Euro (Vorlage 13/1815).

In den Bergwerken Dreislar, Lippe, Walsum und Wohlverwahrt-Nammen wurden im Jahr 2001 210.000 Tonnen Abfall unter Tage versetzt. Ab 2006 gelten strengere Grenzwerte, teilte Ministerin Höhn dem **Umweltausschuss** im Bericht über die Versatzverordnung mit.

Zur Jahresmitte 2002 befanden sich 544 Personen, darunter 84 Frauen, in der Abschiebehaft in NRW. Das wurde im Berichtstattergespräch des **Haushaltsausschusses** zum Einzelplan 03 (Innenministerium) bekannt. Außerdem erfuhr die Berichtstatter, bisher seien 24.802 Schutzwesten für die Polizei ausgeliefert worden, benötigt würden 33.000.

Der **Wissenschaftsausschuss** (Vorsitz Joachim Schultz-Tornau, FDP) vertagte die abschließende Beratung und Abstimmung über das Studienkonten- und Finanzierungsgesetz (Drs. 13/3023) auf den 9. Januar 2003.

Der **Haushalts- und Finanzausschuss** führte am 5. Dezember die abschließende Beratung und Abstimmung der Änderungsanträge aus den Fachausschüssen zur 2. Lesung im Plenum durch.

Tausend Hektar Bahnflächen und 98 Bahnhöfe zu verkaufen

Auf Antrag der GRÜNE-Fraktion berichteten Leitender Ministerialrat Collinet (Bauministerium) und Geschäftsführer Thomas Lennertz (BahnflächenEntwicklungsGesellschaft, BEG) zum Sachstand beim Bahnflächenpool NRW.

Das erste Liegenschaftspaket umfasse 1300 Grundstücke der DB mit einer Fläche von 830 Hektar und weitere entbehrliche Flächen. 41 Prozent des 1000-Hektar-Pakets seien Grünflächen, 36 Prozent aufgegebene Bahntrassen, die die BEG als „Liegenschaftsband“ sichern wolle, zum Beispiel für Radwege. Vorgezogener Verkauf sei möglich, wenn nicht nur Böschungs- und Trassenflächen verbleiben.

In den meisten Kommunen hätten die Flächen einen hohen Stellenwert für die städtebauliche Entwicklung. Anstelle der vor Bildung des BahnflächenPools üblichen Rosinenpickerei biete die erfolgsorientierte Verhandlung der BEG bessere Chancen für Städte und Gemeinden. Ziel sei eine Konsensvereinbarung, mit der auch spätere Konflikte vermieden werden sollten. Als Muster legte Geschäftsführer Lennertz dem Ausschuss die Konsensvereinbarung mit der Gemeinde Holzwickede vor. Darin verpflichtet sich die Gemeinde unter anderem, den Bahnflächen Vorrang in ihrer Bauplanung einzuräumen.

„Pfliffiges Konzept“

Die BEG übernimmt mit Hilfe der Fördermittel des Landes (20,45 Millionen Euro, auf fünf Jahre verteilt) alle Voruntersuchungen und Planungen. Die Landesmittel sollen beim Verkauf zurück an den Pool fließen. Ewald Groth (GRÜNE) bezeichnete den Pool als modernes und pfliffiges Konzept, das vor allem den kleineren Kommunen helfe. Er hoffe auf gute Einnahmen im Jahr 2003. Heinz Wirtz (SPD) meinte, mit der Aktivierung von Bahnflächen werde gleichzeitig die örtliche Wirtschaft angestoßen. Manfred Palmen (CDU) wies auf Kürzungen bei der Kurortehilfe und beim Abwassergebühren-Ausgleich hin und meinte, das Geld für den Pool solle vom Ressort des Bauministers kommen, nicht aus dem GFG.

Verkehrsausschuss verankerte im Gesetz:

Keine Landesmittel für den Metrorapid

Nur gut eineinhalb Stunden benötigte Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD), um im Verkehrsausschuss 50 Abstimmungen durchzuführen. Zum Entwurf des Verkehrshaushalts 2003 und zum Regionalisierungsgesetz hatten alle Fraktionen Änderungsanträge eingebracht. Es gab sowohl einstimmige als auch kontroverse Beschlüsse.

In einem Abschiedsbrief dankte der ausgeschiedene Minister Ernst Schwanhold (SPD) für die faire Zusammenarbeit, bei der gelegentlich „die Grenzen des Zumutbaren angekratzt“ worden seien, so Schwanhold „ausschließlich in eine Richtung gesagt“. Er verlasse die Landesregierung aber ohne Zorn. Der Verkehrsausschuss dankte ihm mit einem herzlichen „Glückauf“.

Der neue Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) erläuterte die 2. Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 2003. Rücklagen sollten möglichst aufgelöst werden und Investitionsmittel von der zusätzlichen globalen Minderausgabe verschont bleiben, die im Ressort Wirtschaft/Verkehr ein Volumen von 3,3 Millionen Euro ausmache. Auf eine Frage von CDU-Sprecher Heinz Hardt sagte er die titelscharfe Umsetzung der globalen Minderausgabe, insgesamt 25 Millionen Euro für den Bereich Verkehr, für das 2. Quartal 2003 zu. Christof Rasche (FDP) hielt es für falsch, die Minderausgaben-

Verteilung dem Ministerium zu überlassen, und befürchtete eine

Haushaltssperre im Februar oder März. Auch Gerd Wirth (SPD) bedauerte die notwendige Beschränkung des parlamentarischen Budgetrechts, wies aber auf die bevorstehenden Haushaltsberatungen hin.

Bei den Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf 2003 ging es den Fraktionen vor allem um die Haushaltsvermerke bei der Titelgruppe 77 Metrorapid. SPD und GRÜNE legten fest: „Die vorfinanzierten Planungsmittel des Landes werden durch den Bundeszuschuss refinanziert“. Das sind 16 Millionen Euro in diesem Jahr und 31,2 Millionen Euro in 2003. SPD und GRÜNE ergänzten außerdem die „Erläuterungen“ zu Titelgruppe 77: „Es wird kurzfristig ein Finanzierungskonzept vorgelegt“. Bis zum Bundestagsbeschluss über die Bundesmittel für den Metrorapid (1,75 Milliarden Euro sind zugesagt) „werden keine weiteren Barverpflichtungen (des Landes) eingegangen“.

Gerhard Wirth (SPD) erklärte, im Haushalt solle verankert werden, dass für das Projekt Metrorapid die Regionalisierungsmittel nicht berührt würden. Es solle ein deutliches Signal nach Berlin gesetzt werden. Heinz Hardt (CDU) hielt die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,75 Milliarden Euro in der Titelgruppe 78 (Mittel des Bundes, der EU und anderer) für einen „Dollpunkt“. SPD und GRÜNE glaubten dem Bund nicht, folgere er und mutmaßte, da der Bund nicht zahlen werde, gehe das Land in die Vorfinanzierung. Die CDU blieb im übrigen bei der Ablehnung des Metrorapid-Projekts, „dieses Implantats für dieses Geld“.

Christof Rasche (FDP) kritisierte grundsätzlich die Kürzungen beim Straßenbau und bei Erhaltungsmaßnahmen. Immer mehr Straßen seien kaputt, und das Land tue nichts. Eine gute Verkehrsinfrastruktur sei jedoch entscheidend für den Standort NRW. Im Regierungsbezirk Arnsberg seien 30 Maßnahmen bis zum

Volumen von drei Millionen Euro notwendig, durchführbar davon laut Haushalt nur zwei, bei einer Haushaltssperre geschehe gar nichts.

Peter Eichenseher (GRÜNE) begrüßte die Klarstellung, dass es laut Landtagsbeschluss vom 1. März 2002 keine Landesmittel für den Metrorapid gebe, wenn die Bundesmittel nicht kämen, und dass es im Jahr 2003 keine weitere Vorfinanzierung gebe.

Minister Horstmann stimmte den SPD-/GRÜNE-Änderungen ebenfalls zu, die die Grenzen des Landesengagements



Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD, l.) Ausschussassistent Harald Holler



Günter Langen (l.) und Heinz Hardt (CDU)

aufzeigten. Er steuere gegenüber dem Bund auf dessen Haushaltsentwurf 2003 zu, der im Frühjahr vorgelegt werde.

Zum Regionalisierungsgesetz, das künftig ÖPNV-Gesetz heißen soll, legten SPD und GRÜNE 14, die CDU-Fraktion acht und die FDP-Fraktion sechs Änderungsanträge vor. In mehreren Anträgen von SPD und GRÜNEN ging es um Behindertenbelange, denen die Opposition zustimmte. Auch dem Zusatz „Frauen“ bei der Vorgabe, „Den Belangen von Personen, die Kinder betreuen, Kindern und Fahrradfahrern ist bei der Planung und Ausgestaltung des ÖPNV in geeigneter Weise Rechnung zu tragen“ stimmten alle Fraktionen zu. Der CDU-Antrag, „Magnetschwebbahnen“ aus dem Geltungsbereich des ÖPNV-Gesetzes herausnehmen, wurde abgelehnt.



Dr. Axel Horstmann (SPD) als neuer Verkehrsminister
Fotos: Meyer

Als Hort des kulturellen Gedächtnisses vor schwerer Pflicht

Die moderne Technik macht's möglich: Das Schreiben wird einfacher und es geht schneller – es wird viel mehr geschrieben als je zuvor. Die Bibliotheken mit dem Auftrag, dieses Schrifttum möglichst vollständig zu sammeln, haben es darum schwer, ihre Aufgabe zu erfüllen. Solchem Anspruch haben auf Bundesebene die Deutsche Bibliothek und auf Landesebene die drei Landesbibliotheken nachzukommen.

Nach dem nordrhein-westfälischen Pflichtexemplargesetz aus dem Jahr 1993, das alle Verlage und sonstigen Herausgeber von Schriften zur Abgabe von Exemplaren an die Landesbibliotheken verpflichtet, sind die Universitätsbibliotheken des Landes – Bonn, Düsseldorf und Münster – zu Universitäts- und Landesbibliotheken geworden (ULB). Eine eigenständige Landesbibliothek einzurichten, war damals aus Kostenersparnisgründen verworfen worden. Die Landesbibliotheken haben die Aufgabe, das kulturelle Gedächtnis des Landes zu bewahren, während die Universitätsbibliotheken wissenschaftliche Universalbibliotheken sind.

Zu diesem Sachverhalt liegt dem Kulturausschuss seit einiger Zeit der Antrag der CDU-Fraktion „Stopp der Vernachlässigung: Erhalt der Schriftkultur Nordrhein-Westfalens“ vor. Der Antrag macht im Wesentlichen eine Aufstockung der Personalmittel um 25 Stellen und von Sachmitteln um 200.000 Euro jährlich geltend.

Kulturelle Bedeutung

Einleitend betrachtete Professor Dr. Jörn Rüsen vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen die Bedeutung von Landesbibliotheken unter kulturhistorischem Gesichtspunkt. Danach ist die „Schriftkultur ein wesentliches Element der nationalen Kultur“, die Bedeutung des Pflichtexemplargesetzes liege in der „Schaffung eines nationalen Gedächtnisses“. So komme der Sammlung, Erschließung, Bereitstellung und Pflege des Schrifttums eine große kulturhistorische Bedeutung zu.

Professor Dr. Düwell, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, stellte den Bedarf zur Sammlung von Pflichtexemplaren aus der Sicht eines Landeshistorikers dar. Die im Zeitalter des Internets – der „digitalen Revolution“ (Dr. Renate Vogt, Direktorin der ULB Bonn) notwendige Wandlung der ULB zu modernen „Kompetenz- und Bestandszentren“ mit einer vielgestaltigen Aufgabenstruktur strich Dr. Sabine Wefers, Direktorin der Thüringer ULB in Jena, heraus. Auf die Implikationen der Differenzierung



Sie gaben die Einleitung zum Thema der Sitzung des Kulturausschusses (v.r.): Die Professoren Rügen (Essen) und Düwell (Düsseldorf). Foto: Schälte

von „körperlicher“ und Netzbibliothek ging Dr. Irmgard Siebert, Direktorin der ULB Düsseldorf, besonders ein. Ute Schwens, Generaldirektorin der Deutschen Bibliothek, gab einen Einblick in das Verhältnis der Nationalbibliothek zu den Landes- und Regionalbibliotheken. Die enge Zusammenarbeit zwischen diesen Ebenen sei unverzichtbar und in der Praxis gut eingespielt. Die dezentrale Bibliothekslandschaft Deutschlands sei ein Vorzug; die plurale Bibliotheksstruktur in Deutschland habe ihre Vorzüge.

Die Diskussion zentrierte sich auf die Frage, ob Selektion eine Möglichkeit sei, dem Pflichtexemplargesetz auf der Basis der gegebenen Ausstattung nachzukommen, womit sich die Frage nach den Auswahlkriterien verbindet. Bedenken gegen dieses Verfahren werden hauptsächlich wegen der damit verbundenen Wertung von Literatur geäußert; dies könne unter Umständen einer „Zensur“ sehr nahe kommen, so die Ausschussvorsitzende Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU). Gegen die schon des Öfteren in Erwägung gezogene Aussonderung von so genannter Trivilliteratur, von Teilen als „minderwertig“ geltender Gattungen – wie Comics, Popkultur, alltagsweltliche Schriften –, spreche die aktuell große Nachfrage und darüber hinaus die Unmöglichkeit, deren mögliche Bedeutung für künftige Nutzer und Generationen bereits heute abzuschätzen. Darin waren sich die Direktorinnen und Direktoren einig.

Dr. Ernst-Ludwig Berz von der Rheinischen Landesbibliothek wies auf die dort angewandte Methodik der „Verkapselung“ von Schriften hin: Bestimmte, gegenwärtig für nicht von öffentlichem Interesse befundene Schriften werden vorerst in Behältnissen „eingekapselt“. Des Weiteren werde für die Prüfung der

Bestandsaufnahmen ein exemplarisches Vorgehen in Erwägung gezogen. Für beide Fälle wurde geltend gemacht, dass der durch diese Sichtungs- und Prüfverfahren benötigte Zeit-, und damit Personalaufwand die beabsichtigten Einsparungen mindestens aufwiege. Denn der überwiegende Zeitaufwand werde nicht für die Einarbeitung der Verlagsexemplare benötigt, sondern für die so genannte „graue“ Literatur, die außerhalb der „ordentlichen“ Verlagspublikationen auf den Markt kommt und für die viel Recherche- und Anforderungszeit benötigt wird. Denn das Pflichtexemplargesetz sei durchaus nicht überall bekannt. Hier bestehe ein Zeitaufwandsverhältnis von 35 zu 65 Prozent. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zu dem Fazit, dass die angesichts der modernen Produktionsmethoden auch auf diesem Feld steigenden Publikationsfluten ohne eine Mittelaufstockung nicht mehr ausreichend zu bewältigen seien.

Zahlenwerk

Die Direktorin der ULB Bonn, Renate Vogt, legte das mit den beiden anderen Direktorinnen der Landesbibliotheken Nordrhein-Westfalens – Dr. Roswitha Poll, ULB Münster, und Dr. Irmgard Siebert, ULB Düsseldorf – abgestimmte Zahlenwerk für den Mehrbedarf vor. Dieses basiert auf Berechnungen eines 1997 vom Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport bestellten Gutachtens. Danach verbleiben für den Mehrbedarf der drei Landesbibliotheken 25 Personalstellen sowie ein jährlich zusätzlicher Sachmittelbedarf von 215.000 Euro. E.R.

Das Verfahren schwebt noch: Teure Rechnungen für billige Zähne

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) standen Ende November unter anderem die Punkte Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Evaluation der Arbeit der Drogenkonsumräume sowie eine von SPD- und CDU-Fraktion kurz zuvor beantragte Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Illegale Geschäfte mit Zahnersatz aus China“. Wirtschafts- und Arbeitsminister Harald Schartau, Gesundheitsministerin Birgit Fischer (beide SPD) und Ministerialrat Walther Müggenburg vom Justizministerium berichteten.

Grundlage für den ersten Tagesordnungspunkt war der Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel „Abbau der Jugendarbeitslosigkeit darf keine Worthülse sein“ (Drs. 13/2723). Mit diesem Antrag fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, die vom Arbeitsminister verhängte Quotierung beim Projekt „Jugend in Arbeit“ zurückzunehmen und dieses, wie auch andere Projekte zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, „weiterhin ausreichend mit Finanzmitteln“ auszustatten.

„Fördern und Fordern“

„Jugendarbeitslosigkeit sollte und soll auch weiterhin in Nordrhein-Westfalen zu einem Fremdwort werden“ – mit diesen Worten eröffnete der Minister seine Stellungnahme zum CDU-Antrag. Schartau wies darauf hin, dass der Abbau von Jugendarbeitslosigkeit für ihn persönlich „kein Lippenbekenntnis“ und „alles andere als eine Worthülse“ sei, sondern an „vorderster Stelle der Tagesordnung“ stehe. Gleichzeitig räumte er ein, angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktzahlen könne „bei weitem nicht Entwarnung“ gegeben werden. Zu den Zahlen: Ende Oktober 2002 waren in NRW insgesamt rund 88.000 Jugendliche unter 25 Jahren ohne Arbeit, davon über 18 Prozent bereits sechs Monate und länger. Andererseits konnten bis Ende September dieses Jahres 2330 Jugendliche in Arbeit vermittelt werden, „das sind 290 Jugendliche mehr als ursprünglich mit der Jahresquote geplant“, so der Minister. Den im Antrag der CDU-Fraktion geäußerten Vorwurf, durch die verhängte Quotierung beim Projekt „Jugend in

Arbeit“ seien die Arbeitsvermittler in allen Regionen handlungsunfähig geworden, wies Schartau zurück. Er sieht in der Quotierung „ein durchaus geeignetes Instrument“, die „leider nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel kontrolliert zu steuern“. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Projekts „Jugend in Arbeit“ sieht der Minister darin, dass die Jugendlichen die zur Verfügung stehenden Informations- und Beratungsangebote nutzen und auch selbst Verantwortung übernehmen. Der Grundsatz „Fördern und Fordern“ stehe dabei im Vordergrund.

Weniger Drogentote

In der Abstimmung wurde der Antrag gegen die Stimmen der antragstellenden CDU-Fraktion und der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionsmehrheit abgelehnt.

„Insgesamt ermutigend“ nannte Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) die Zwischenergebnisse zur Evaluation der Arbeit der Drogenkonsumräume. Zu den Fakten: Bundesweit gibt es derzeit 21 Drogenkonsumräume. Nordrhein-Westfalen hat mit bislang sieben eine Vorreiterrolle in der Betreuung von Schwerstdrogenabhängigen übernommen. Weitere Räume sind geplant.

„Das neue Angebot wird von den Drogenabhängigen gut angenommen“, so Fischer. In Zahlen heißt das: Im Beobachtungszeitraum von 16 Monaten wurden die Fixerstuben mehr als 75 000 mal aufgesucht. Um auf drogenbedingte Notfälle reagieren und das Überleben von Schwerstdrogenabhängigen durch sofortige Notfallhilfe sichern zu können, sind alle Drogenkonsumräume in NRW an die Drogentherapeutischen Ambulanzen angegliedert. Zudem könne die Zahl der Infektionen mit Hepatitis- oder AIDS-Erregern gesenkt werden, da die Drogen

unter hygienischen Bedingungen und unter ständiger Aufsicht von qualifiziertem Personal konsumiert werden.

Die Ergebnisse der Evaluation sind „ein eindeutiger Beleg dafür, dass Drogenkonsumräume mit dazu beitragen können, die Zahl der Drogentodesfälle zu senken“, so Fischer. Insgesamt sind die Drogentodesfälle in NRW um rund 31 Prozent auf 155 im ersten Halbjahr 2002 gegenüber 226 Todesfällen im Vergleichszeitraum des Vorjahres zurückgegangen. Darüber hinaus hat es bisher über 1000 Vermittlungen in weiterführende Hilfen, wie beispielsweise in die Entzugsbehandlung, gegeben. Zum Ende ihres Berichts äußerte Fischer die Hoffnung, dass sich zukünftig noch weitere Kommunen „dazu bereit finden, dieses wichtige Hilfsangebot für Schwerstdrogenabhängige einzurichten“.

Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein, als vor kurzem Reporter des ZDF-Magazins „Frontal 21“ von illegalen Geschäften einer Mülheimer Firma mit Billigzahnersatz aus China berichteten. Um in diesem Punkt mehr Klarheit zu erlangen, hatten die Fraktionen von SPD und CDU die Landesregierung zu einer Stellungnahme in einer Aktuellen Viertelstunde gebeten.

Zahnersatz aus China

Walther Müggenburg vom Justizministerium bestätigte die Berichte, dass die Staatsanwaltschaften in Wuppertal und Duisburg mittlerweile ein Verfahren wegen Abrechnungsmanipulationen gegen die Geschäftsführer der Mülheimer Firma eingeleitet haben. Er bat um Verständnis dafür, dass er darüber hinaus „keine Feststellungen“ zu den erhobenen Vorwürfen machen könne. „Es handelt sich um ein schwebendes Verfahren und die Staatsanwaltschaften stehen erst am Anfang ihrer Ermittlungen“, so Müggenburg. Michael Scheffler, SPD-Sprecher im Ausschuss, bat, den Ausschuss über den Fortgang zu informieren. ax



Heitere Mienen vor Beginn einer Ausschusssitzung mit ernstern Themen (v.r.): Ausschussvorsitzender Bodo Champignon (SPD), Minister Harald Schartau, Staatssekretär Dr. Josef Fischer und Ministerin Birgit Fischer. Foto: Schälte

In der Weiterbildung sieht man die Arbeit durch Kürzungen in Gefahr

Sprecher der Einrichtungen bezogen im Ausschuss Stellung

Vor kurzem sind im Landtag die Repräsentanten der Weiterbildungseinrichtungen mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) unter Beteiligung von Staatssekretär Dr. Josef Fischer vom Arbeitsministerium zur 8. Weiterbildungskonferenz zusammengetroffen. Es ging darum, sich über erste Ergebnisse des Wirksamkeitsdialogs im Anschluss an die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes sowie über die Auswirkungen der PISA-Studie auf den Bereich der Weiterbildung zu informieren und auszutauschen.

Ausgangspunkt der engagiert geführten Debatte war die Feststellung des Staatssekretärs, dass auch im Weiterbildungsbereich die im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen für den Landeshaushalt verfügte globale Minderausgabe greifen wird. Die Sprecherinnen und Sprecher der Weiterbildungseinrichtungen sahen durch diese Absicht die Fortentwicklung der öffentlich verantworteten Weiterbildung gefährdet. Man sehe darin einen „Wort- und Vertrauensbruch“, lautete der Kommentar. Rainer Hammelrath vom NRW-Landesverband der Volkshochschulen formulierte den Unmut so: Die Kürzungen würden zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen, denn vor allem die kommunalen Träger seien nicht in der Lage, die entstehenden Defizite aufzufangen.

Manfred Degen (SPD) bedauerte, dass es ihm nicht möglich gewesen sei, den Kürzungsbeschluss zu verhindern; er gibt seiner Erwartung Ausdruck, dass bis 2004 eine nachhaltige Regelung gefunden werde.

Einsparungen

Er werde sich bemühen, die Kürzung im Rahmen der Haushaltsberatung erträglicher zu gestalten. Auch andere Abgeordnete waren sich darin einig, die Kürzungen im Bildungs- und Weiterbildungsbereich abzulehnen. Einsparungen seien „nicht im Weiterbildungsbereich“ möglich, vielmehr seien dort „schwerpunktmäßig mehr Investitionen“ nötig, so Ralf Witzel von der FDP. Der Koalition wurde von Klaus Kaiser (CDU) „Hilfestellung bei der Konsensbildung“ und bei der Umschau nach „strukturellen Umschichtungsmöglichkeiten“, wie sein Fraktionskollege Herbert Reul formulierte, angeboten.

„PISA könnte die Stunde der Weiterbildung sein“, aber nur, „wenn ein radikales Umdenken in der Weiterbildung stattfindet“, so die zentrale These von Prof. Klaus Ahlheim (Universität Essen) zum Verhältnis von PISA und Weiterbildung. PISA habe klar gemacht, dass eine große Zahl junger Menschen in einer auf Beruf und Leben höchst unvorbereiteten Weise aus der Schule entlassen wird – vor allem die Jugendlichen aus unterpri-

vilegierten Schichten, häufig auch mit Migrationshintergrund. Für diese Jugendlichen habe Weiterbildung erst die Vorbereitung auf die eigentliche Berufsausbildung zu erfüllen. Dagegen sei Weiterbildung heute „vor allem und in erster Linie ein Angebot und eine Chance für die sowieso schon gebildeten und gut ausgebildeten Personen, für ... die Gewinner der Modernisierungsprozesse.“ Ahlheim kam zu dem Schluss, dass das gesamte Bildungs- und Weiterbildungssystem einer grundlegenden Revision zu unterziehen sei unter der Maßgabe, „Chancengleichheit wieder zu entdecken“. Dies müsste eine so drastische Veränderung von Schule zum Resultat haben, „dass die Heranwachsenden der kompensatorischen Weiterbildungsangebote immer weniger bedürften“. Auch Dr. Arthur Frischkopf, Leiter des Landesinstituts für Qualifizierung, widmete sich dem Thema Weiterbildung und PISA. Er unterstreicht seinerseits den engen Zusammenhang von Schulbildung und Berufs- und Lebenschancen, den die neuste Shell-Studie „Jugend 2002“ erneut bestätigt. Bildungsni-

veaus von Jugendlichen werden in Deutschland nach wie vor in einem hohen Maß sozial 'vererbt', sie korrelieren also deutlich mit den Schulabschlüssen (zumeist) der Väter. Die sich hiermit anbietende Funktion von Weiterbildung werde aber gerade von den betreffenden Jugendlichen nicht genutzt. Daraus leitet Frischkopf für die Weiterbildung die Forderung nach Öffnung, Modernisierung und Veränderung in Richtung Jugendgemäßheit ab. Bereits der nach Schule und Arbeit „riechende“ Bildungsbegriff werde abgelehnt, Jugend heute honoriere eher eine hedonistische Motivierung und Ausrichtung.

Familienarbeit

Eine Reihe der Beiträge in der nachfolgenden Aussprache kritisierte die aktuellen Maximen der Weiterbildungspolitik, insbesondere die der Zielgruppenvernachlässigung. Auf der Bedeutung von Familienarbeit wurde noch einmal insistiert (Doris Sandbrück, Evangelische Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e.V., Düsseldorf). Die – im Prinzip richtige – politische Hinwendung zum Primarbereich dürfe aber nicht zulasten des Tertiär- und Quartärbereichs gehen, solle nicht die rund 25 Prozent starke Risikogruppe „an den Rand gedrängt“ werden (Dr. Ulrich Jung, Arbeit und Leben, DGB/VHS NW e.V.). Eberhard Kundoch (Bildungswerk des Landessportbundes NRW e.V.) machte auf den Widerspruch der von Referenten und Weiterbildunglern vorgetragenen Forderungen (Chancengerechtigkeit) mit den neuen politischen Maximen (Marktförmigkeit) aufmerksam.



„Ein Schmückstück wird der Baum für dieses Haus sein. Herzlichen Dank dafür.“ Mit diesen Worten nahm Landtagsvizepräsident Dr. Helmut Linssen (r.) das mittlerweile traditionelle Geschenk des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen an den Landtag in Empfang. Übergeben wurde die über fünf Meter hohe Nordmann-tanne, die aus dem Wald der Speeschen Verwaltung Ratingen stammt, durch Jan Dirk Schulze-Osthoff, stellvertretender Vorsitzender des Waldbauernverbandes (2.v.r.). In seiner Ansprache betonte er die Bedeutung der großen Waldflächen im Lande für den Naturschutz und für die Erholung der Menschen. Bei der Übergabe des Weihnachtsbaums waren auch die Geschäftsführerin des Waldbauernverbandes, Heidrun Buß-Schöne, sowie Albrecht Freiherr von Wrede (l.) dabei. Foto: Schälte

Der Weg zur Hochschulfusion Duisburg - Essen ist geebnet

Abschließende Beratung im Wissenschaftsausschuss

Unter die Monate währenden Streitigkeiten zwischen Fusionsbefürwortern und -gegnern wurde in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzender Joachim Schultz-Tornau, FDP) am 28. November ein vorläufiger Schlusstrich gezogen: Gegen die Stimmen von CDU und FDP segneten die Koalitionsfraktionen den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 13/2947) mit den zuvor auf Antrag von SPD und Grünen beschlossenen Änderungen ab, der die Grundlage für eine Fusion der Universitäten Duisburg und Essen darstellt. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes soll in der Plenarsitzung am 11. Dezember erfolgen. Zum 1. Januar 2003 würde die Hochschulzusammenlegung dann in Kraft treten. Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) verteidigte die geplante Fusion gegen die massiven Einwände der Oppositionsfraktionen.

Bereits zu Anfang seiner Stellungnahme machte Dietrich Kessel (SPD) deutlich, dass seine Fraktion auch nach der Expertenanhörung vom 5. November keinen Anlass sehe, „vom Projekt Fusion der Universitäten Duisburg und Essen abzurücken.“ Auch ein von Seiten der Opposition geforderter Aufschub des Verfahrens um ein halbes Jahr, wäre, so Kessel weiter, nicht förderlich für den Fusionsprozess. Seines Erachtens nach sei zu viel Zeit damit vergeudet worden, Gegenpositionen einzunehmen, statt konstruktive Vorschläge für den Aufbau einer neuen Universität einzubringen. Das vorrangige Ziel des Prozesses müsse die Verbesserung der Situation der Lehr- und Forschungsschwerpunkte an beiden Standorten unter dem Dach einer neuen Universität sein.

Kritik

Zwar räumte Kessel ein, dass bei der Anhörung durchaus auch Kritik an dem Gesetzentwurf geübt wurde, diese sich jedoch auf Details des Verfahrens und nicht gegen den Fusionsgedanken allgemein gerichtet hätten. Die Koalitionsfraktionen hätten daraufhin Veränderungsvorschläge eingebracht, die sich auf den Aufbau der Selbstverwaltungsstrukturen der neuen Universität beziehen. Ebenso wie Kessel betonte auch Dr. Ruth Seidl, Sprecherin der GRÜNEN, dass ihre Fraktion in jedem Falle an einer zügigen Fusion zum 1. Januar festhalten wolle. „Ich glaube es gibt keine Alternative zur Fusion“, so Seidl. Auch von Seiten der Oppositionsfraktionen habe es hierzu keine konkreten Vorschläge gegeben. Ziel der eingebrachten Änderungen sei es gewesen, das Verfahren insgesamt transparenter zu gestalten. Auch ihre Fraktion befürwortete die Festsetzung einer Grundordnung durch die Landesregierung, um nicht zusätzliche Konflikte zwischen den Hochschulen zu schaffen. Die Anhörung hätte bereits deutlich gemacht, „wie verhärtet die Fronten zwischen Essen und Duisburg waren.“ „Auch wir sind mit viel Optimismus und Hoffnung in diesen Prozess gegangen,

davon ist nichts übrig geblieben“ so der Hochschulexperte der CDU, Manfred Kuhmichel, „aber nicht nur bei uns als Fraktion, sondern auch bei den Beteiligten.“ Nach dem Vorlauf der letzten Monate könne keiner mehr erwarten, dass die CDU-Fraktion dem Artikel 1 des Gesetzentwurfs zustimmen werde, so Kuhmichel weiter. Er warf der Landesregierung vor, sie habe den „Prozess gegen die Wand gefahren“. Das habe sich allein schon durch das „vernichtende Urteil“ der Experten bei der Anhörung gezeigt. Kuhmichel appellierte an die neue Ministerin, ihren Einfluss geltend zu machen, um den Gesetzentwurf in dieser Form zu verhindern. Andernfalls laufe die Landesregierung Gefahr, „zur Lachnummer zu werden“.

„Chaos und Frust“ an den Hochschulen befürchtet auch Professor Dr. Friedrich Wilke, Sprecher der FDP. Die geplante Zusammenführung stelle eine „Zwangsfusion unter Missachtung der Autonomie der Hochschulen“ dar. Bei den Änderungsvorschlägen der Koalitionsfraktionen handele es sich lediglich um „mini-

male Reparaturarbeiten“, während viele Reparaturen erforderlich gewesen wären. Er schlug vor, zunächst einmal abzuwarten und den Hochschulen Zeit zu geben, da „es ja auch unterhalb einer formalen Fusion durchaus Kooperationsmöglichkeiten“ gäbe. Den Koalitionsfraktionen warf er vor, die Ergebnisse der Expertenanhörung ignoriert zu haben. Außerhalb der rot-grünen Fraktion und außerhalb der Regierung gäbe es derzeit keine Befürworter mehr für die geplante Fusion, so Wilke.

Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) erläuterte ihre Position zu dem vorliegenden Gesetzentwurf: Die Fusion biete die Chance, Synergieeffekte zu nutzen, um die Probleme der beiden Einzelstandorte zu bewältigen. „Ich glaube wir dürfen hier nicht daran vorbeidiskutieren, dass beide Hochschulen in der jetzigen Form sicherlich nicht überlebensfähig wären“, so die Ministerin. Das gemeinsame Ziel aller Fraktionen müsse es sein, dass eine „schlagkräftige Hochschule“ geschaffen wird, „die auch im internationalen Wettbewerb kurz-, mittel- und langfristig gut überleben kann.“ Froh zeigte sich die Ministerin darüber, dass zumindest zu Artikel 2 des Gesetzentwurfs zwischen Opposition und Koalition offensichtlich Einvernehmen herrsche. Dieser sieht die Umwandlung von Gesamthochschulen in Universitäten vor. Den Vorwurf der Oppositionsfraktionen, es handle sich um eine „Zwangsfusion“, wies sie hingegen entschieden zurück. „Wir haben hier eine klare Neugründung.“ ax

Ins Gästebuch des Landtags hat sich beim Empfang durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt der Präsident der Republik Island, Dr. Olafur Ragnar Grimsson, eingetragen. Der Landtagspräsident erinnerte an 50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Island, an die vertrauensvolle Zusammenarbeit und die intensiven wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zwischen Island und Nordrhein-Westfalen. Schmidt hob die gegenseitigen Interessen der Menschen und vielfältige Verbindungen durch den Sport beider Länder hervor. Vier

Tage hielt sich der Staatsgast aus Island in Nordrhein-Westfalen auf. Von Düsseldorf aus ging es weiter nach Bonn. - Unser Bild entstand bei der Besichtigung des Plenarsaals. Es zeigt den isländischen Präsidenten (r.) und den Landtagspräsidenten (l.). Zwischen ihnen Landtagsvizepräsident Jan Söffing. Foto: Schälte



Thema Mütter und ihre Gesundheit

Aus der Belastung folgt oft die Selbsthilfe

Belastungen und Ressourcen von Müttern sowie die Versorgungssituation in Nordrhein-Westfalen standen am Vormittag des 25. November im Mittelpunkt einer Tagung der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“. Dazu waren Expertinnen und Experten aus Forschung und Praxis in den Landtag gekommen.

Alle Referentinnen und Referenten betonten die psychosozialen Belastungen und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit, denen ein Großteil der Mütter, insbesondere Alleinerziehende und Mütter mit Behinderungen, ausgesetzt sind. Nach den Ergebnissen einer Studie von Professor Dr. Matthias Franz, Institut für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universität Düsseldorf, zur Situation allein erziehender Mütter sind diese sozial benachteiligt. Gleichzeitig sind sie im Mittel auch psychisch stärker belastet als verheiratete Mütter.

Dr. Jürgen Collatz, Forschungsverbund Prävention und Rehabilitation für Mütter und Kinder, Medizinische Hochschule Hannover, betonte die gesundheitsfördernde Langzeitwirkung der Mütter- und Lebenslagenspezifischen Mutter-Kind-Maßnahmen, wie sie von den Einrichtungen des Müttergenesungswerkes angeboten werden.

Dr. Sylvia Lenz, St. Marien Hospital in Eickel, berichtete vom Modellprojekt ihres Hauses. Frauen, die eine stationäre psychiatrische Behandlung gemeinsam mit ihrem Kind durchführen konnten, zeigten danach bessere Therapieerfolge als Mütter, die alleine behandelt wurden.

Dr. Beate Kortendiek, Netzwerk Frauenforschung NRW der Uni Dortmund, zufolge sei Mutterschaft eine ambivalente Erfahrung. So könne zum Beispiel das spannungsreiche Verhältnis zum Kind und zum Partner, das Verhältnis zum Beruf oder das Vorhandensein von Kontakten als Ressource oder als Belastung erlebt werden. Mütter könnten aus dieser

Erfahrung heraus Strategien zu Selbsthilfe und Managementkompetenzen entwickeln, die ihrerseits eine zentrale Ressource darstellen.

Eine ähnliche Perspektive veranschaulichte Dipl. Soz. Wolfgang Erler vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München: er fokussierte die Familienkompetenzen von Frauen (und Männern) als wichtige Ressource in der Personalentwicklung.

Nachmittags widmete sich die Kommission der Versorgungsstruktur in Nordrhein-Westfalen und diskutierte mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren. Heinz-Josef Kessmann, Caritas, erläuterte die Angebote der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW, zu denen unter anderem Erziehungsberatung, sozialpädagogische Familienhilfe sowie das auf die gesundheitliche Versorgung von Müttern besonders ausgerichtete Angebot des Müttergenesungswerkes gehören. Vertreterinnen der Mütterzentren berichteten über ihre niedrigschwelligen Angebote für junge Frauen und Mütter. Claudia Seipelt-Holtmann vertrat auf der Fachtagung die Mütter mit Behinderungen und schilderte deren alltägliche Schwierigkeiten. Angelika Josten, Vorsitzende des Landesverbands der Hebammen in NRW, erläuterte die präventive und begleitende Arbeit der Familienhebammen, die sich für sozial benachteiligte Gruppen von Schwangeren und Müttern einsetzen. Ferner trugen auch die Vorsitzende des Landesfrauenrates NRW, Margret Seiling, sowie die Geschäftsführerin des Verbands allein erziehender Mütter und Väter e.V., Edith Weiser, ihre Erfahrung zur Diskussion bei. Insgesamt ergab sich ein komplexes Abbild von Rahmenbedingungen, die für eine umfassende gesundheitliche Versorgung von Müttern erforderlich sind.

Die Kommission will die Ergebnisse der Tagung nun auswerten und daraus ihre Handlungsempfehlungen ableiten und weiterentwickeln.



Momentaufnahme aus der Enquetekommission (v.r.): Ursula Doppmeier (CDU) und die Sachverständige Professor Dr. Adelheid Bonnemann-Böhner, Vorsitzende des Kuratoriums des Müttergenesungswerks.

Foto: Schälte

FCL gegen WZ: Fast eine Altersfrage

Mit einem wunderbaren Rasen im Düsseldorfer Uni-Sportzentrum und angenehm kühlem Wetter waren die äußeren Bedingungen für das Fußballmatch zwischen dem FC Landtag und dem Team der Westdeutschen Zeitung (WZ) nahezu ideal. Der Gegner allerdings war alles andere als ideal für den FCL: zu jung, zu schnell, zu ball- und kombinationssicher, noch nicht einmal einen Ausfall gönnte sich die WZ. Kein Wunder, dass das wieder einmal neu formierte FCL-Team nicht an die früheren Erfolge gegen die WZ anknüpfen konnte, nie so richtig ins Spiel kam und eigentlich nur den Hauch einer Chance

hatte. Ein kleines Zahlenexempel macht die Unterschiede zwischen den beiden Mannschaften anschaulich: Während der Drei-Mann-Sturm des FCL mit 172 Jahren als durchaus betagt zu bezeichnen war, bewegte sich die dreiköpfige Abwehr der WZ mit addierten 75 bis 80 Jahren doch noch in einem sehr zarten Alter. So gesehen, fiel die Niederlage mit 0:2 mehr als glimpflich aus. Das lag einmal daran, dass der FCL wenigstens in kämpferischer Hinsicht zwar nicht alles, doch vieles gab, sich die Abgeordneten-Phalanx aus Günter Langen, Wolfgang Hüskens, Werner Jostmeier, Hans Kraft und Dietmar Brockes mit aller Energie den rollenden Angriffen der WZ entgegenstemmte. Das war auch bitter nötig, denn die eroberten Bälle gingen zu oft prompt wieder verloren. Und dass es für den FCL nicht zu einem Debakel ge-

riet, lag auch an dem sich aufopfernden Keeper Rene Markgraf, der wegen akuter Personalnot sozusagen vom Krankenbett zwischen die Torstangen beordert wurde und bravourös seinen Kasten sauber hielt - von den bereits erwähnten zwei Gurken mal abgesehen. Für den absoluten Höhepunkt des Spiels jedoch sorgte FCL-Spielführer GüLa (Günter Langen, für alle, die es noch immer nicht wissen): Er lupfte die Kugel nicht nur ein Mal, sondern gleich zwei Mal über seinen Gegenspieler, lief um diesen herum und legte sich den Ball vorbildlich mit dem Innenrist selbst vor. Solch ein Kunststück hat man in einem Pflichtspiel das letzte Mal bei der WM 1958 in Schweden von dem unvergessenen brasilianischen Wunderstürmer Vava gesehen. Und jetzt eben von GüLa.

Was hat Düsseldorf mit der Pipeline in Ecuador zu tun?

Seit über einem Jahr diskutiert der Ausschuss Europa- und Eine-Welt-Politik über die Finanzierung einer zweiten Ölpipeline in Ecuador durch die Westdeutsche Landesbank (WestLB).

Zur Vorgeschichte: Ende der 90er Jahre wurde internationalen NGOs (Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace, Rettet den Regenwald, urgewald u.a.) bekannt, dass Pläne existierten, in Ecuador einer alten und maroden Pipeline eine neue hinzuzufügen mit dem Ziel, die Ölproduktionsmenge zu verdoppeln. Die neue Pipeline soll mit einer Gesamtlänge von 500 Kilometern vom Amazonas über den 4096 Meter hohen Andenkamm bis an die Küste von Ecuador verlegt werden. Die Route gilt als Erdbeben gefährdet, zudem gibt es in dem betreffenden Andengebiet sieben aktive Vulkane. Dennoch hat man – gegen alle internationalen Warnungen und weltweiten Proteste – bereits im September 2001 mit dem Streckenausbau begonnen. Ein internationales Konsortium Öl produzierender Konzerne, OCP (Oleoducto de Crudos Pesados), steht für die Unternehmenseite; für die Kredit gebende Seite zeichnet ein internationales Bankenkonsortium unter Federführung der WestLB, letztere mit einem Finanzierungsaufkommen von 80 Prozent – oder 900 Millionen US-Dollar – des angesetzten Kreditvolumens. Der – geheim ge-

haltene - Geschäftsvertrag der WestLB mit der Betreiberfirma OCP enthält, gemäß Verlautbarungen der Bank, für die OCP die Verpflichtung auf Einhaltung unverzichtbarer sozialer und ökologischer Standards, wie sie vor einer Reihe von Jahren von der Weltbank für ihre eigenen Projektfinanzierungen festgesetzt worden waren. Bei Nichteinhaltung dieser Standards hat die WestLB der



An Ort und Stelle an der verlegten Leitung im Regenwald (v.r.): Die Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE), ein Mitglied des Wachpersonals, Bernhard von Grünberg (SPD).

OCP gegenüber ein Kündigungsrecht. Unterdessen haben Nichtregierungsorganisationen immer wieder moniert, dass diese Standards bei der längst im Bau befindlichen Pipeline nicht eingehalten werden. Der öffentliche Druck der Kritiker veranlasste die WestLB, die US-

amerikanische Gutachterfirma Stone & Webster, mit der Prüfung der Vorwürfe zu beauftragen. Diese attestierten jedoch die Einhaltung der vertraglichen Auflagen durch die OCP. Jedoch gelang es den NGOs, einen international renommierten Gutachter, Dr. Robert Goodland, einen ehemaligen langjährigen Weltbankmitarbeiter und Umweltexperten, für ein Gutachten zu gewinnen. Dieser erkannte seinerseits auf Nichteinhaltung von vier der relevanten Weltbankstandards. Was hat nun der Düsseldorfer Landtag mit den Problemen oder Geschäften der WestLB in Ecuador zu tun? Die Landesregierung ist mit einem Aktienpaket von 43 Prozent ihr größter Anteilseigner und somit im Aufsichtsrat der WestLB AG vertreten. Der Landtag hat den Auftrag die Exekutive, die Landesregierung, zu kontrollieren.

Bereits am 18. Februar diesen Jahres hatte dieser Ausschuss einen zentralen Beschluss gefasst mit folgenden drei, an WestLB und Landesregierung gerichteten Forderungen: 1. alle Gutachten sind zu veröffentlichen, 2. es ist ein moderierter Diskurs aller Gutachter abzuhalten, 3. alle am Projekt Beteiligten sind zum Zwecke einer ebenfalls moderierten, gemeinsamen Lösungsfindung zusammenzubringen. Bis heute warten die Ausschussmitglieder auf die Einlösung ihrer Forderungen.

E.R.

„Das Land hat sich zu sehr vom Öl abhängig gemacht“

Interview mit der Vorsitzenden des Ausschusses Europa- und Eine-Welt-Politik, Ute Koczy (GRÜNE)

Im November hat in Ecuador der linksnationalistische Lucio Gutiérrez die Präsidentschaftswahlen für sich entschieden. Welche Situation findet er in seinem Land vor?

Es gibt viel Reichtum in wenigen Händen und viel Armut bei der Mehrheit der Bevölkerung. In den letzten hundert Jahren ist staatlicherseits nicht in die Infrastruktur des Landes investiert worden. Daher gibt es keine kleinen und mittelständischen Unternehmen, wie wir sie kennen. Hinzu kommt, dass durch die ‚Dollarisierung‘ die Einkommenschancen für die Armen stetig sinken.

Sie waren in diesem Jahr zweimal in Ecuador, um sich das umstrittene Pipeline-Projekt vor Ort anzusehen. Welche Eindrücke haben Sie mitgebracht?

Es herrscht große Armut. Was fehlt, ist ein ökologisches Bewusstsein, die Ölproblematik betreffend. So ist es zum Beispiel im Amazonas üblich, die Straßen mit Öl zu besprühen, um den Staub zu binden und so die Straßen stabil zu halten.

Wird die Umwelt hauptsächlich auf diese Weise geschädigt?

Die Ölförderung im Amazonas geschieht auf eine für die Umwelt katastrophale Weise. Das Öl wird mit veralteten Methoden gefördert und dann in großen Becken gelagert. Durch die geplante Verdopplung der Erdölproduktion für die neue Pipeline werden jetzt weitere Ölseen angelegt. Diese werden nicht abgedichtet, so dass es bei Regen zu Überschwemmungen kommt, das Öl ins Grundwasser eintritt und das Trinkwasser verseucht wird. Außerdem wird durch das Abfackeln von Öl die Luft durch Russpartikel verseucht.

Welches Interesse hat Ecuador an der neuen Pipeline?

Der Staatshaushalt Ecuadors hängt von der Erdölproduktion ab. 45 Prozent seiner Einnahmen stammen aus der Erdölförderung. Die Fehler der Vergangenheit, das Nicht-Investieren in eine andere Infrastruktur, hat das Land in einem eklatanten Ausmaß von der Ölförderung abhängig gemacht. Der Staat verspricht sich von einer Verdopplung der Förderung für die nächsten Jahrzehnte erhebliche Mehreinnahmen. Interessant ist, dass jetzt bekannt wird, dass die OCP-Pipeline nur zur Hälfte gefüllt sein wird. Meine persönliche Meinung ist, dass die Weltbankstandards nicht eingehalten werden. Man hätte das Projekt im Vorhinein unter der Maßgabe prüfen müssen, ob durch die Ölförderung am Amazonas die Ökologie und Lebensgrundlage von Menschen in einer so hochsensiblen Landschaft gefährdet wird. Eine solche Prüfung hat aber nicht stattgefunden.

E.R.

Opposition: Entlastungen reichen nicht aus

Regierung kündigt weitere Maßnahmen an

Auf die Eltern von Schülerinnen und Schülern im Lande kommen Mehrausgaben zu: Das Land will die Kommunen ermächtigen, die Elternbeiträge zu den Lernmitteln und zu den Fahrtkosten zur Schule zu erhöhen. Grund: Den Städten und Gemeinden soll ihrer finanziellen Not geholfen werden. Diese und weitere Vorschläge enthält der Gesetzentwurf der Landesregierung zur finanziellen Entlastung der Kommunen in NRW (Drs. 13/3177), den der Landtag vor kurzem in erster Lesung beraten und an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen hat.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) meinte, so lange es den großen Wurf bei der Verbesserung der kommunalen Einnahmen noch nicht gebe, wolle die Landesregierung die Hände nicht in den Schoß legen, sondern die Kommunen bei ihrer Aufgabe der Konsolidierung ihrer Haushalte partnerschaftlich begleiten „und auch – wo irgend möglich – für Entlastung sorgen“. Diese Entlastung könne auch in kleinteiligen Schritten erfolgen. So würden Handlungsspielräume zurück gewonnen und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt. Zum einen würden die im Modellversuch bewährten Regelungen des so genannten



Dr. Fritz Behrens (SPD)

Kommunalisierungsgesetzes in den Regelzustand – der Minister nannte dafür Beispiele – überführt, andererseits löse die Landesregierung ihre Zusage ein, für den Vorwegabzug für die Krankenhausinvestitionsfinanzierung und für den Rückgang der Leistungen des Landes nach dem Unterhaltsvorschussgesetz Entlastung zu schaffen. Im Kindertagesstättenbereich wolle das Land das Verfahren zur befristeten Erhöhung der Gruppenstärken vereinfachen. Die Durchschnittsbeiträge für die Beschaffung von Lernmitteln seien seit 1989 unverändert geblieben; die Preise aber seien um mehr als 50 Prozent gestiegen. Da die Kommunen durch die unumgängliche Anhebung nicht mehr belastet werden sollen, müsse die Elternbeteiligung an den Kosten für Lernmittel „zumindest vorübergehend ausgeweitet werden“. Härtefälle würden berücksichtigt. Nicht so stark wie ursprünglich vorgesehen seien Höchstbeträge für den monatlich zu zahlenden Eigenanteil der Eltern an den Schülerfahrtkosten angehoben worden; angehoben würde der auch nur, wenn die Schülerfahrkarte mit einem Mehrnutzen (so genanntes „Schoko-Ticket“) verbunden seien. Die Vorschläge jetzt seien nicht das Ende der Versuche, den Kommunen in ihrer schwierigen Situation zu helfen. Mit den kommunalen Spitzenverbänden werde das Gespräch darüber weiter geführt.

Heinz Wirtz (SPD) machte auf weitere Entlastungen der Kommunen aufmerksam und erwähnte das Vergnügungssteuergesetz, die Pauschalierung von zweckgebundenen Mittelzuweisungen, etwa die Schulpauschale, sowie die Beschränkung der Geltungsdauer von Gesetzen, die kommunale Belange berührten. Wirtz wandte sich dem schulischen Teil des Gesetzes zu. Hier rechnete er vor, dass die Erhöhung des Eigenanteils an den Lernmitteln pro Jahr rund zehn Euro ausmache, dafür erhöhe das Land auch die Beträge, die für die Beschaffung von Lernmitteln erforderlich seien. Um unbillige Härten zu vermeiden, könnten im Einzelfall Eltern oder volljährige Schüler und Schülerinnen freigestellt werden, wenn das Einkommen unzureichend sei. Befristet sei diese Regelung bis Mitte 2008, dann werde zu prüfen sein, ob sie weiter bestehen solle oder nicht.

Josef Wilp (CDU) beklagte die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden, viele stünden vor dem Kollaps. Da wecke der Titel „Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen in NRW“ Hoffnungen: „Bei näherem Hinschauen entdeckt man allerdings, dass nur wenig bewegt wird; teilweise werden sogar neue bürokratische Hürden aufgebaut“. Die Anhebung der Gruppenstärke in Kindertagesstätten sei unter dem Eindruck von PISA das falsche Signal, kritisierte er und vermochte angesichts der Gemengelage bei den Schülerfahrtkosten einen finanziellen Entlastungseffekt nicht zu erkennen. Auch die Neuregelung der Elternanteile an den Lernmitteln werde nicht zur Verbesserung der finanziellen Situation führen. Es handele sich um viel heiße Luft und um Nullsummenspiele. Der Sprecher: „Bei den Rechnungen, die Sie aufmachen, haben wir ein außerordentlich ungutes Gefühl“.

Christof Rasche (FDP) bezeichnete die Entlastung der Städte und Gemeinden als „absolut notwendig“. Aber das Land führe weiterhin die Städte und Gemeinden „in die Handlungsunfähigkeit und in die Pleite“. 135 Kommunen des Landes befänden sich bereits im Haushaltssicherungskonzept oder haushaltslosen Zustand. Die vom Minister beschworene verlässliche Partnerschaft des Landes stellten sich die Kommunen ganz anders

vor. Im Gesetzentwurf seien nur einige vorsichtige und viel zu kurze Schritte zu erkennen; die Erwartungen würden nicht erfüllt. Neben finanziellen Entlastungen benötige man vor Ort einen nachhaltigen Bürokratie- und Standardabbau. Darum werde sich seine Fraktion um wesentliche Ergänzungen des Gesetzentwurfs bemühen.

Ewald Groth (GRÜNE) vermisste bei den Oppositionsfractionen Gegenkonzepte. Beim Thema „Schlüsselzuweisungen“ werde „Legendenbildung“ betrieben, das Land kürze hier nicht, es handele sich um eine Auswirkung der Steuermindernahme. Die Aussagen zur Schulpauschale seien schlichtweg falsch. Groth: „Im übrigen sind nicht nur die Kommunen in Not. Auch das Land hat es schwer“. Der vorliegende Entwurf setze, so der Sprecher weiter, „ein überaus erfolgreiches Kommunalisierungsmodellgesetz“ fort. Den Kommunen würden so wenige Vorgaben wie möglich gemacht – „bei gleicher oder sogar besserer Qualität der Aufgabenerledigung“. Dabei würden gleichzeitig die Kommunen von verzichtbaren Aufgaben entlastet. Man werde in Zukunft auch darüber nachdenken, wie Entlastungspotentiale im Katalog der Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung zu realisieren sein werden.

Juristenausbildung:

„Abschluss der Reformdiskussion“

In seiner ersten Rede vor dem Landesparlament hat Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) den Entwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Juristenausbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen – JAG NRW Drs. 13/3197) eingebracht.

„Ein Dauerbrenner“ sei die Reform Juristenausbildung, betonte dabei der Minister, „ich hoffe, der Entwurf beendet eine lange und intensive Diskussion darüber“. Der Entwurf solle den geänderten Anforderungen der Praxis gerecht werden; rechtsberatende und rechtsgestaltende Tätigkeit, Streitvermeidung und Streitschlichtung träten immer mehr in den Vordergrund, die klassische richterliche Streitentscheidung in den Hintergrund. Zum ersten Mal müssten alle Referendarinnen und Referendare eine zehnmonatige Pflichtausbildung bei einem Rechtsanwalt absolvieren; sie müssten zudem – ebenfalls erstmalig – fachspezifische Kenntnisse in einer Fremdsprache erwerben. Gerhards abschließend: „Der Entwurf steht auf sicherem Boden“. Alle Beteiligten hätten ihm zugestimmt.

Politik für weibliche und männliche Lebensentwürfe

Der Landtag nahm nach der Aussprache über den SPD-/GRÜNE-Antrag „Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik – Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen“ eine gemeinsame EntschlieÙung aller vier Fraktionen an mit dem Titel „Gender Mainstreaming – gleiche Chancen für weibliche und männliche Lebensentwürfe, Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der Landespolitik und der Landesverwaltung“ (Drs. 13/3224).

Gerda Kieninger (SPD) äußerte sich erfreut über den gemeinsamen Antrag und die Schlussdebatte im Plenum. Das Instrument Gender Mainstreaming sei 1995 von der Weltfrauenkonferenz in Peking und 1999 auf europäischer Ebene verankert worden. Es solle in NRW in allen Entscheidungsprozessen umgesetzt werden. Es könne nur funktionieren, wenn es von oben gewollt sei, und müsse Rüstzeug für Führungskräfte sein.

Marie-Luise Fasse (CDU) meinte: Was lange währt, wird endlich gut. Auch die Bundesregierung habe sich verpflichtet, Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen zu beseitigen. NRW ziehe nach. Fraktionsübergreifend stimmten alle im Landtag vertretenen Parteien der Umsetzung zu. Für Gleichberechtigung sei in NRW viel erreicht worden. Es gebe aber noch zahlreiche „ungleiche“ Ebenen in der Gesellschaft. Zu mehr „Gender“-Kompetenz könne auch die Wissenschaft beitragen. Die Landesregierung habe für wirkliche Geschlechtergerechtigkeit noch viele Hausaufgaben zu erledigen.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) bekundete Unzufriedenheit trotz Zustimmung zum Antrag und sah das Bestreben aller, die Kuh vom Eis zu holen. Es werde übersehen, dass die Arbeit erst richtig losgehe. Neue Rollen seien zu lernen, Steuerungskonzepte zu erarbeiten, Umsetzung zu dokumentieren, ein Berichtswesen aufzubauen. Den Landesentwicklungsbericht sehe sie bisher nicht als Controllinginstrument. Das „Durchwinken“ des Antrags in manchen Ausschüssen sei eine schlappe Nummer gewesen. Im Hauptausschuss sei auf Politik auch für Männer hingewiesen worden. Das sei hervorragend. Der Frauenausschuss solle in einen Gender-Ausschuss umgestaltet werden. Auch solle es Männerförderungsprogramme geben.

Marianne Hürten (GRÜNE) lobte das Gemeinsame, weil das Umsetzen erhebliches Umdenken erfordere, in Landesbehörden, Universitäten und Schulen, auch in den Kommunen. Bei EU-Fördermitteln müssten künftig Geschlechter-Belange berücksichtigt wer-

FDP für Gender-Ausschuss GRÜNE fordern Gender-Haushalt



Chancengleichheit für Frauen, aber auch für Männer, lautet die neue Forderung an jegliche Politik. Von einer Messe für Männer war aber noch nicht die Rede. Foto: Landtagsabgeordnete bei der Essener Frauenmesse, Inge Howe und Renate Drewke (beide SPD, vorn 2.u.3.v.l.), Marie-Luise Fasse (CDU, 2.v.r.) Ausschussassistentin Monika Pirron (r.).

den. Frau Hürten formulierte: Es ist normal, verschieden zu sein, und Politik beachtet das. Sie forderte namens ihrer Fraktion eine oder einen Gender-Beauftragten in der Staatskanzlei, die/der die Aktivitäten der Ressorts einfordere und bündele. Außerdem hielt sie eine Gender-Stiftung für geeignet, andere Erfahrungen aufzuarbeiten. Als positives Beispiel der Umsetzung lobte sie die Strahlenschutzverordnung als Pilotprojekt auf Bundesebene. Frau Hürten meinte ferner, auch Sparen und Geldausgeben müssten gegendert werden. Öffentliche Mittel sollten Männern und Frauen gleichermaßen zugute kommen. Beim „Gender-Budgeting“ hinke Deutschland hinterher. Die GRÜNEN wollten auch für NRW einen geschlechtergerechten Haushalt.

Frauenministerin Birgit Fischer (SPD) begrüßte die Entscheidung des Landtags, durch die sich die Landesregierung in die Pflicht genommen sehe. Gender Mainstreaming sei wegweisend für drei Ziele: die Politik den Bedürfnissen von Frauen und Männern genauer anzupassen, Diskriminierungen vorzubeugen und mehr Möglichkeiten für Chancengleichheit aufzudecken. Gleichstellungsbeauftragte könnten den Prozess unterstützen. Die Verantwortung liege jedoch bei den Leitungsebenen.

Helga Gieselmann (SPD) empörte sich über die von der FDP-Rednerin geäußerte Kritik an der neuen Schulministerin und der designierten Regierungspräsidentin und sprach sich für den Landesentwicklungsbericht als Controllinginstrument für Gender Mainstreaming aus. Im gemeinsamen Antrag werde ferner eine Anhörung mit Expertinnen zum Fortschritt des neuen Politikansatzes gefordert.

Ölwechsel: Der kleine Unterschied

Als nettes Beispiel für Unterschiede der Geschlechter fand die frauenpolitische Sprecherin der GRÜNE-Fraktion Marianne Hürten eine Beschreibung des Vorgehens beim Ölwechsel: Frauen fahren nach rund 15.000 Kilometern seit dem letzten Ölwechsel in die Werkstatt, trinken dort einen Kaffee, bezahlen 26 Euro und verlassen nach 15 Minuten mit ordentlich gewartetem Auto die Werkstatt. (Viele) Männer kaufen Öl, Filter, Reinigungsmittel, bocken das Auto zu Hause auf, lassen Altöl ab, wechseln den Filter, füllen neues Öl ein, beseitigen alle Spuren der Arbeit, bei der ein paar Bier helfen mussten, und haben für alles mehr Zeit gebraucht und mehr Geld ausgegeben.

SPD-Fraktion unterstützt Initiative zur Reaktivierung der Vermögenssteuer

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt und unterstützt die Initiative der Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zur Reaktivierung der Vermögenssteuer. „Es ist gerecht, angemessen und notwendig, dass diejenigen, die über hohe Vermögen verfügen, einen Beitrag zur Qualitätssteigerung der schulischen Bildung leisten“, erklärte Fraktionsvorsitzender Edgar Moron.

Nach den Plänen der Landesregierung sollen zwei Drittel der Einnahmen aus der Vermögenssteuer in bessere Schulen investiert werden. Ein Drittel soll für kommunale Investitionen bereitgestellt werden. „Wir ge-

hen davon aus, dass für Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2004 rund 1,5 bis 1,7 Milliarden Euro netto zur Verfügung stehen“, berichtete Moron. Er gehe davon aus, dass spätestens nach den Landtagswahlen im Februar die mehr oder weniger ablehnende Haltung der CDU geführten Länder einer ehrlichen Bewertung weichen werde, ist der SPD-Fraktionsvorsitzende überzeugt. Moron wies zugleich den Vorwurf zurück, eine Reaktivierung der Vermögenssteuer werde das Wirtschaftswachstum in Deutschland verlangsamen. Solche Argumente dienten allein dem Zweck, von den Realitäten abzulenken und die Menschen hinter-

Licht zu führen. Es sei nämlich nicht so, dass die wo auch immer „geparkten“ hohen Vermögen bisher zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beigetragen hätten. Dieses vorgeschobene Argument widerspreche zudem allen Erfahrungen anderer europäischer Länder oder in den USA, in denen eine Vermögenssteuer selbstverständlich sei. „Wir brauchen den Beitrag der Vermögenden in unserer Gesellschaft für bessere Schulen und gleiche Bildungschancen, und wir wissen, dass die meisten der von dieser Steuer Betroffenen bereit sind, dafür ihren Beitrag zu leisten“, stellte Edgar Moron fest.

CDU: Grüne und SPD ignorieren Expertenkritik am Hundegesetz

Als „unparlamentarisch und unkollegial“ hatte der agrarpolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Eckhard Uhlenberg, das Verhalten von SPD und Grünen bei der Verabschiedung des Landeshundegesetzes im Agrarausschuss bezeichnet. Die Regierungskoalitionen hatten ihren Gesetzentwurf ohne die vorgesehenen parlamentarischen Beratungen über den Gesetzentwurf der CDU abzuwarten, „im Hau-Ruck-Verfahren durchgeboxt“. „Dieses Verhalten geht vor allem zu Lasten der Hundehalter und der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, weil der rot-grüne

Gesetzentwurf Sonderregelungen für unnötig viele Hunde vorsieht und der bürokratische und finanzielle Aufwand für Hundehalter und Kommunen unverhältnismäßig groß bleibt“, betonte Uhlenberg.

Wie ignorant SPD und Grüne mit konstruktiven Vorschlägen umgingen, zeige sich außerdem daran, dass bei der Anhörung im Fachausschuss im April 2002 fast alle Sachverständigen dem Gesetzentwurf von Rot-Grün ein katastrophales Zeugnis ausgestellt hätten.

Die CDU dagegen hat die Expertenmeinung in ihrem Entwurf eines Landeshunde-

gesetzes aufgenommen. Als Kernpunkte und entscheidende Unterschiede zu Rot-Grün sind festzuhalten: Die CDU verzichtet auf eine Sonderregelung für so genannte „große Hunde“. In Übereinstimmung mit dem Bundesgesetzgeber werden nur vier Hunderassen als pauschal gefährlich eingestuft. Um Doppelkennzeichnungen zu vermeiden, reicht es, wenn die Tiere einmalig, entweder mit Mikrochip oder gut lesbarer Tätowierung, gekennzeichnet werden. Darüber hinaus müssen alle Hundehalter für ihre Tiere eine Haftpflichtversicherung abschließen.

FDP: Für eine zukunftsfähige und wettbewerbsorientierte Abfallwirtschaft

Klare Ergebnisse lieferte der Abfallkongress „Mehr Wettbewerb in der Entsorgungswirtschaft“, den die FDP-Landtagsfraktion am 31. Oktober bei der Kölner IHK durchführte. Unter Federführung ihres umweltpolitischen Sprechers Holger Ellerbrock erarbeitete das hochkarätig besetzte Podium fünf Kernforderungen für eine zukunftsfähige und wettbewerbsorientierte Abfallwirtschaft:

- Rechtliche Regelungen müssen auf ihre Wettbewerbshemmnisse hin überprüft werden. Dies gilt sowohl für bestehende, als auch für zukünftige Regularien.
- Der Staat sollte vernünftige Rahmenbe-

dingungen setzen und diese kontrollieren. Die Ausführung muss der private Dienstleister erbringen. Gemischte Gesellschaften sollten der Vergangenheit angehören.

- Die Schaffung von dauerhaften wettbewerbsgerechten Strukturen kann nur durch eine vollständige Privatisierungsleistung erreicht werden. Ein Hausbesitzer kann zwar seinen Öllieferanten bestimmen, aber seinen Entsorger muss er sich von der Entsorgungspflichtigen Körperschaft bestimmen lassen.

- Zur langfristigen Sicherung des Wettbewerbs sollten die zu entsorgenden Gebiete

in betriebswirtschaftlich und logistisch sinnvolle Sammelgebiete aufgeteilt werden, deren Entsorgung jeweils getrennt und transparent ausgeschrieben wird.

- Abfallwirtschaftspläne müssen dahingehend modifiziert werden, dass Abfälle nicht nur einer bestimmten Entsorgungsanlage zugeführt werden müssen.

„Im Sinne der Bürger und der Entsorgungsunternehmen wird sich die FDP die Ergebnisse des Kongresses zu nutze machen und sich auch weiter für einen fairen und transparenten Wettbewerb einsetzen“, versicherte Ellerbrock.



Grüne: Ver.di-Vorsitzender zu Gast bei den Grünen

Unerwarteter Besuch in der Grünen Landtagsfraktion: Frank Bsirske, seines Zeichens ver.di-Vorsitzender. Thema war das NRW-Tariftrüegegesetz, das vom Landtag zurzeit beraten wird. In einer sehr engagierten Debatte unterstrich Frank Bsirske die Notwendigkeit eines solchen sozialen Flankenschutzes für die ArbeitnehmerInnen. Zudem erinnerte er an die Vorleistungen, die ver.di mit dem Abschluss des neuen Sparten-tarifvertrages bereits erbracht habe. Die Grüne Fraktion betonte, dass auch sie im Tariftrüegegesetz einen richtigen Schritt sehe. Sie wies aber auch auf die zusätzlichen Kosten speziell für die Kommunen und auf die Gefahr höherer ÖPNV-Preise hin. Abschließend bestand Konsens, dass das Gesetz zum einen den Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Niedriglohnangeboten verbessern, zum anderen aber kommunale Gestaltungsspielräume wahren und eine grundsätzliche Fixierung auf einen bestimmten Tarifvertrag vermeiden müsse.

Ausstellung im Landtag

Die Bahn zieht es in den Landtag – zumindest vorübergehend. Bis zum 18. Dezember präsentiert sie sich in der Eingangshalle des Landesparlaments mit der Ausstellung „DB Regio NRW“. Pünktlich zum Fahrplanwechsel Mitte dieses Monats will sich das Unternehmen mit seinen Strukturen, Produkten und Perspektiven für eine attraktive Zukunft der Mobilität in unserem Land vorstellen. Dabei sind die zweite Stufe des integralen Taktfahrplans NRW, das neue Preissystem der Bahn oder Planungen zum Metrorapid nur einige Ausschnitte aus dem vielfältigen Spektrum der Bahn in NRW. Informationsdisplays, eine Modelleisenbahn und ein Auskunftsschalter, an dem ein persönlicher Fahrt- und Kostenplan zu erhalten ist, runden die Ausstellung ab. Sie wird von Landtagspräsident Ulrich Schmidt und Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann eröffnet.

★

Vom 11. bis 20. Dezember ist in der Wandelhalle des Landtags die Ausstellung antiquarischer Bücher von drei Humanisten aus dem heutigen Ruhrgebiet zu sehen. Die Werke von Christianus Gerson (1569 - 1622), Johannes Buxdorf dem Älteren (1564 - 1629) und Johannes Buxdorf dem Jüngeren (1599 - 1664) stammen aus dem Besitz des ehemaligen Bürgermeisters der Stadt Recklinghausen, Peter Borggraeve.

★

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 12. Dezember 2002 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (0211) 884 23 03, 884 23 04, 884 25 45 und 884 23 09, FAX 884 30 22
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rempel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: L. N. Schaffrath,
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Bei Ute Schäfer ist das Schlagzeilenfieber ausgebrochen. Seit drei Wochen vergeht kaum ein Tag, an dem die 48-Jährige nicht in den Medien erscheint. Als neue Ministerin für Schule, Jugend und Kinder buhlt sie um Aufmerksamkeit und Akzeptanz. Angesichts dieses Arbeitseifers dürfte die Ostwestfälin sich in ihrem Büro, das im 13. Stockwerk eines düsteren, verlebten Hochhauses untergebracht ist, noch nicht richtig eingelebt haben. Wer sie nach ihrer Ernennung zur Ministerin im November besuchte und über die unwirtlichen Flure lief, der sah Kartons und Mobiliar dort stehen und spürte dass Veränderungen anstanden. Schließlich mussten Abteilungen des Wissenschaftsressorts ausziehen, das seit der Kabinettsumbildung zu einem eigenständigen Ministerium geworden ist, und Platz machen für Mitarbeiter der Ressorts Jugend und Kinder.

Es war für Journalisten interessant zu beobachten, mit welcher Selbstverständlichkeit Schäfer offenbar in dieses Amt gefunden hatte. Auch wenn sie im Gespräch ihre Hände immer wieder zusammenpresste und ihre innere Anspannung verriet, hatte man nicht das Gefühl, dass ihr die Aufgabe nicht geheimer ist. Da saß einem keine verunsicherte Person im Büro der Ministerin gegenüber, sondern jemand, der die schweren Zügel in der Hand halten will. Dieses selbstbewusste Auftreten dürfte das allgemeine Erstaunen noch steigern, denn ihre Beförderung gehört ohnehin zu den ungewöhnlichsten in der Landespolitik der vergangenen Jahre.

Kommunikativ

Schließlich gehört sie dem Landtag erst seit zweieinhalb Jahren an und ist in dieser Zeit nicht sonderlich präsent gewesen, auch wenn sie sich in den Plenardebatten häufig als stellvertretende schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet hat. Die Scheinwerfer waren stets auf Bildungsministerin Gabriele Behler gerichtet. Dass sich der neue Ministerpräsident Peer Steinbrück für Schäfer entschied, stieß in der Fraktion keineswegs auf ungeteilte Freude. Schließlich hatten sich dort andere selbst Chancen ausgerechnet, nachdem Behler ihren Amtsverzicht angekündigt hatte. Steinbrück aber wollte Schäfer. Er traut ihr zu, dass mit ihrem hochkommunikativen Talent die verhärteten Fronten der Bildungspolitik aufweichen kann. Ungewöhnliche Volten gehören zu ihrer Biografie. 1982 Jahren trat sie in die SPD ein, als es der Partei schlecht ging. Helmut Kohl trat seine Herrschaft als Kanzler an, die Sozialdemokraten waren nur noch



Ute Schäfer (SPD)

ein Häufchen Elend. Sie sei zur SPD gekommen, gerade weil sich damals viele von ihr abgewandt hätten, sagt Schäfer. Fast 20 Jahre hatte sie als Lehrerin gearbeitet, sie war Konrektorin an zwei Schulen, und dann wechselte sie 1996 das Metier. Schäfer übernahm für die nächsten vier Jahre die Geschäftsführung des inzwischen aufgelösten SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe. „Ich bin niemand, der sagt: Dort, wo ich bin, muss ich für immer bleiben“, sagt Schäfer. Sie hatte sich für die Politik entschieden und baute ihren Einfluss im Kreisverband Lage aus. Praktische Erfahrung sammelte sie in elf Jahren Ratsarbeit. Vor zwei Jahren wurde sie zur Vorsitzenden des Kreisverbandes gewählt. Der Höhepunkt dieser Polit-Karriere war präzise vorausgeplant: Sie sollte in zwei Jahren als SPD-Kandidatin für das Landratsamt des Kreises Lippe antreten. Doch statt der Verwaltung eines Kreishauses ist ihr nun ein riesiges Ministerium unterstellt. Es ist eine Herkulesaufgabe, nicht nur weil die Bildungspolitik für die rot-grüne Koalition als bedeutendster Bereich gilt. Der Ruf des Amtes ist ähnlich ramponiert wie die unansehnlichen Ministeriums-Hochhäuser. Schäfers Vorgängerin Behler vermochte es nicht, dieses Image aufzupolieren. Dies wird eine der wesentlichen Aufgaben Schäfers sein. Sie sagt, dass sie ein anderer Typ sei als Behler. Die Koalition verspricht sich von ihr ein freundlicheres, kooperativeres Verhalten. Einfach wird das nicht angesichts der Erwartungen, die nach den Ergebnissen von Pisa an die Bildungspolitik gestellt werden. „Ich habe den Mut dazu“, lautet einer ihrer charakteristischen Sätze. Schäfer sagt auch immer wieder, dass sie diese Herausforderung ohne Angst annehmen werde. So spricht jemand, der sich nicht nur seiner Stärken bewusst ist, sondern auch um das hohe Risiko weiß, das die anstehenden Aufgaben mit sich bringen. Kristian Frigelj

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 29. Nov. bis 10. Dez. 2002

- 29.11. **Angelika Gemkow** (CDU) 53 J.
- 3.12. **Rolf Einmahl** (CDU) 53 J.
- 3.12. **Dr. Wilhelm Droste** (CDU) 42 J.
- 5.12. **Willi Nowack** (SPD) 52 J.
- 8.12. **Bernd Schulte** (CDU) 53 J.
- 9.12. **Dr. Bernd Brunemeier** (SPD) 59 J.
- 9.12. **Michael Groschek** (SPD) 46 J.
- 10.12. **Ursula Monheim** (CDU) 63 J.

★

Renate Drewke (SPD) ist von Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) zur neuen Regierungspräsidentin in Arnsberg ernannt worden. Die 50-jährige Landtagsabgeordnete aus Hagen ist seit 1995 im Landtag und hat hier ihre Schwerpunkte im Bereich der inneren Verwaltung, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gesetzt. Als Mutter von zwei Töchtern hat sie darüber hinaus einen weiteren Akzent ihrer parlamentarischen Arbeit auf die Frauen- und Gleichstellungspolitik gesetzt. Drewke ist in ihrem Amt als Arnsberger Regierungspräsidentin Nachfolgerin von Wolfram Kuschke, der vor einem Monat von Ministerpräsident Peer Steinbrück zum Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten ernannt worden ist.

★

Maria Theresia Opladen (CDU), die bis zur ihrer Wahl als Bürgermeisterin von Bergisch Gladbach als CDU-Abgeordnete dem Landtag angehörte, ist zur ersten Vizepräsidentin des Städte- und Gemeindebund NRW gewählt worden. Nachfolger des kürzlich aus dem Amt als Präsident dieses kommunalen Spitzenverbandes geschiedenen langjährigen früheren CDU-Landtagsabgeordneten Albert Leifert wurde der Bergkamener Bürgermeister Roland Schäfer. Nach 36-jähriger Tätigkeit für den Verband trat Hauptgeschäftsführer Friedrich Wilhelm Heinrichs in den Ruhestand; sein Nachfolger wurde Dr. Bernd Jürgen Schneider.

Zählen unter PISA-Schock

Den Tatsachen ungebührlich vorausgeleitet ist die Bildunterschrift in der Ausgabe 13 Seite 3. Hier stand zu lesen, dass Frauen in der Überzahl im Team des neuen Steinbrück-Kabinetts sind. Manche Leserin und mancher Leser haben nachgezählt und festgestellt: Dem ist nicht so. Mit sechs abgebildeten Frauen - von insgesamt 14 Personen - ist die Parität knapp verfehlt, von einer Mehrheit kann (noch) keine Rede sein - vielleicht in Zukunft?

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

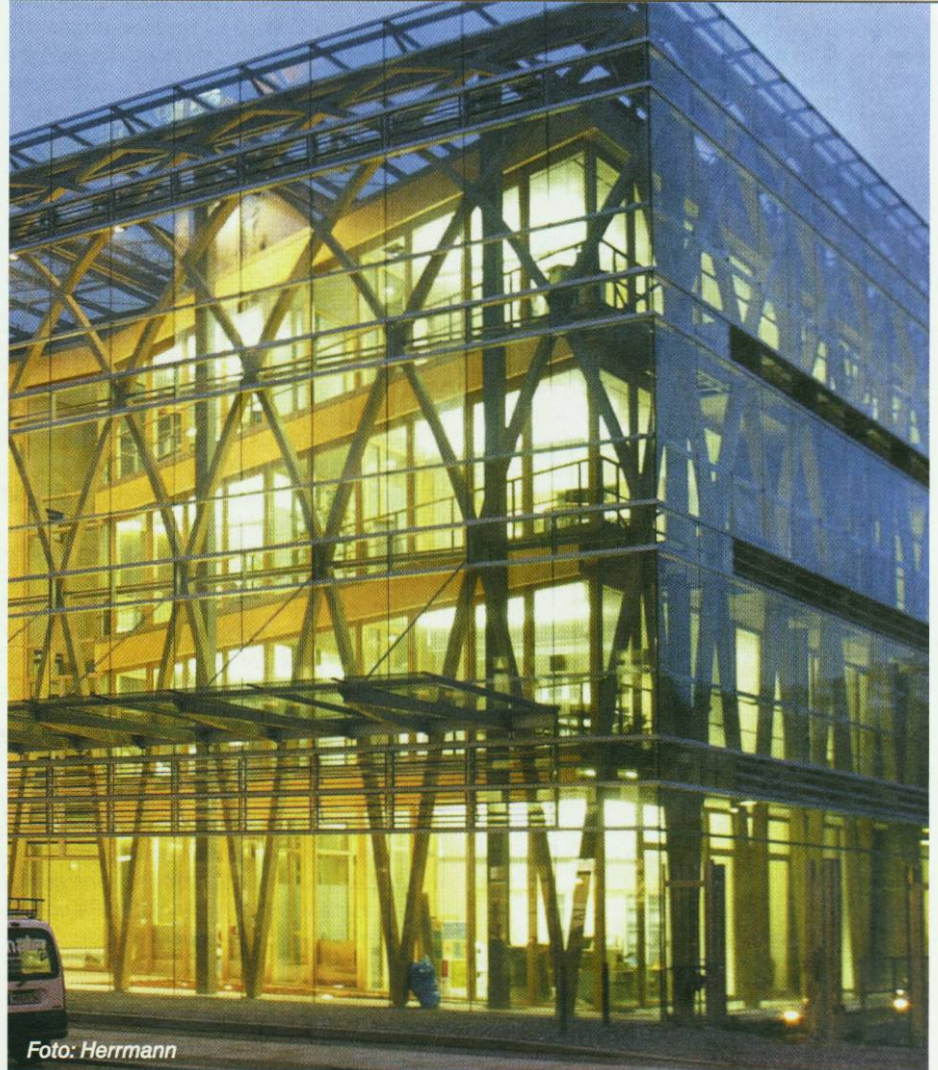


Foto: Herrmann

Schöne Hülle, innovativer Kern – das vierstöckige Gebäude der neuen Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund ist nicht nur (wie hier im Berliner Abendlicht) hübsch anzusehen – und damit schon eine Werbung für das Land –, sondern überzeugt auch durch seine inneren Werte. Außen eine imposante Fassade, bei der sich über die Etagen ein parabelförmig ausgebildetes hölzernes Gitter zieht, das die gesamte gläserne Außenhülle trägt, das Innere mit innovativer, also umweltfreundlicher Technik auf jüngstem Stand, belüftet und beheizt, das sind Pluspunkte, die das "Schaufenster für Nordrhein-Westfalen" zum Symbol für den Wandel des Landes vom Industrieland zum Wissenschafts- und Dienstleistungsstandort werden lassen und darüber hinaus architektonische Maßstäbe in der Bundeshauptstadt setzen. Im Mai 2000 war mit dem 27,1 Millionen Euro teuren Bau begonnen worden. Die 47 Beschäftigten der Landesvertretung haben ihre Arbeit unterdessen aufgenommen. Für das bevölkerungsreichste Bundesland ist damit die Zeit des Provisoriums vorbei, in der man „Untermieter“ in der Bremischen Landesvertretung gewesen ist. Die Landesvertretung haben die Düsseldorfer Architekten Karl-Heinz Petzinka und Thomas Pink geschaffen.